

rote hilfe

Hamburg
Frankfurt
Berlin
München

18

DIE AUFHEBUNG DER ISOLATION ALS FOLTER IST EINE PRAKTISCHE FRAGE!

Viele - Linke - waren mit dem Urteil über den Hungerstreik vorm BGH schon fertig, ehe er überhaupt begonnen hatte: "Faschingsscherz", "da machen wir uns ja lächerlich", "Ich will hinterher auch noch ernst genommen werden", "Hungerstreik ist kein Kampfmittel", "Man muß ganz andere Mittel anwenden"... Auffallen tut bei all diesen sogenannten Einschätzungen erstmal, daß sie mit dem Urteil des Klassenfeindes übereinstimmen. Der Bundesgerichtshof läßt gleich am ersten Tag des Hungerstreiks über Radio im Hof dem Volk erklären, daß der Hungerstreik "unter seiner Würde" sei und "geschmacklos". Der Standesverein der bundesdeutschen Anwälte fühlte sich getroffen und sprach in der Presse vom Streik der Anwälte als einem "geschmacklosen Spektakel".

Wir können nun aber nicht dabei stehen bleiben, den Herrschenden das Urteil zu dieser Aktion zu überlassen. Denn der Verstand der Herrschenden oder der beherrschende Verstand ist die Rationalität des Kapitals; und das ist für die Unterdrückten Mord auf Raten, Enteignung, Folter. Der herrschende Verstand erklärt Folter für Vernunft und den Widerspruch dagegen für Unvernunft und verrückt.

Untersuchen wir, was uns wirklich lächerlich, also hilflos macht. Lächerlich und machtlos machen uns die sogenannten vernünftigen Formen der Auseinandersetzung, die uns das System immer wieder anbietet: "revolutionäre" Plädoyers im Gericht, friedvolle Demonstrationen, Presseerklärungen, Beschwerden, Anzeigen.....

Alle, die im Knast mit ihrem Hungerstreik Widerstand gegen die Isolation als Folter leisten und alle Hungerstreikenden vor dem BGH haben bewußt diese sog. vernünftigen Formen des Protestes negiert. Sie haben die Form des Widerstands aus ihrer bestimmten historischen Situation entwickelt. Unsere Erfahrung ist, daß Beschwerden nichts nützen, daß Anzeigen mit Gegenanzeigen beantwortet werden, daß Anklagen der Inhaftierten in "öffentlichen" Prozessen (z.B. Prozeß gegen Mahler in Berlin), daß Presseerklärungen von Anwälten so zurechtgeschritten und zensiert werden, daß sie gerade noch das produzierte Bedürfnis nach Mißständen bei der Bevölkerung befriedigen. Über Mißstände kann man jammern, aber keinen Widerstand organisieren. Warum war der Hungerstreik vor dem BGH eine sehr gute Aktion?

Die Hungerstreikenden haben ihren Protest öffentlich gemacht, in der Stadt für die Bevölkerung, vor den Augen des BGH, aber nicht verwertbar für verschlungene, dunkle Amtsgeschäfte. Die Bevölkerung ist zu uns in die Herrenstraße gekommen, keine herrschende Presse, keine Knoblichs (Ermittlungsrichter beim BGH), keine Stracks (Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Kaiserslautern) konnten sich dazwischenschalten, und die Wahrheit über diesen "Rechtsstaat" der keiner ist, verdunkeln. Wir waren zuerst wenige, aber wir haben mit allen diskutiert, die zu uns gekommen sind: warum der BGH ein Brauner Gangster-Haufen ist, wie der neue Faschismus sich zeigt und welche Formen von Widerstand wir entwickeln müssen, warum die Presse die Folter verschweigt und wie das alles mit den Produktionsverhältnissen zusammenhängt. Die Bevölkerung hat unseren Protest ernst genommen. An dieser Ausein-

andersetzung ist überhaupt nichts lächerlich. Sehr schlimm war diese Aktion nur für den Braunen Gangsterhaufen. Er fühlte sich durch den Hungerstreik derart bedroht, daß die Polizei wiederholt versuchte, uns vor der Bevölkerung zu kriminalisieren, indem sie die Hungerstreikenden für die Abschlußkartei fotografierte, Flugblattverteiler verprügelte und mit der Pistole bedrohte. Einige von denen, die den Hungerstreik für ein falsches Mittel hielten und ihn boykottierten, machten am Montag noch schnell eine Demonstration gegen "den Abbau der demokratischen Rechte". Diese Demonstration war so schnell, daß -als es darum ging, praktische Schritte gegen die Isolation als Folter zu ergreifen und Besuchsanträge zu stellen - die Demonstranten spontan ihre Transparente ergriffen und - weg waren sie. Mit ihrer Demo haben sich auch ihre Forderungen in pffft... aufgelöst.

Die Hungerstreikenden haben gehandelt und nicht an die Massen appelliert. Die praktische Solidarisierung von vielen hat gezeigt, daß sie die Aktion verstanden haben und Konsequenzen daraus ziehen konnten. Bekämpft den "das ist sehr schlimm" Standpunkt -lest Mao: Band I, besonders ab Seite 25

IZRU - Informationszentrum Rote Volksuniversität c/o Asta, 69 Heidelberg, Grabengasse 14



ERKLÄRUNG DER GEFANGENEN ZUM HUNGERSTREIK

WIR SIND KOMMUNISTEN. WIR VERSTEHEN SEHR GUT, WESHALB DER STAATSPARAPAT DES KAPITALS UNS IM KNAST VERBIETET, MIT ANDEHEN GEFANGENEN ZU REDEN, WESHALB, WAS WIR REDEN, VERDREHT, WAS WIR SCHREIBEN, BESCHLAGNAHMT WIRD, UND WAS WIR TUN, VERBUTEN:

ES IST VERBUTEN ZU KÄMPFEN, NICHT VERBUTEN VOM VOLK, SUNDERN VERBUTEN VOM KAPITAL UND SEINEM GESETZ. ES IST VERBUTEN, SICH ZU BEFREIEN AUS DER TÖDLICHEN ISOLATION, DIE JEDEN INNERHALB DER BÜRGERLICH-KAPITALISTISCHEN VERHÄLTNISS ZUR SAU MACHT., ZUR SICHERUNG DER PROFITRATE DIE ARBEITER AM ARBEITSPLATZ ZU MASCHINEN, DIE SCHULER IN DER SCHULE ZUR BEÜTE DER AUTORITÄT, DIE STUDENTEN IN DER UNIVERSITÄT ZU FUNKTIONÄREN DES IMPERIALISMUS, DIE HAUSFRAUEN IM HAUS ZU HILFLOSEN OPFERN DER MATTSCHLEIBE ETC. JEDEH SEIN EIGENER FEIND, DAS IST DAS UMFASSENDE UND TIEFGREIFENDE SYSTEM IM SYSTEM, DAS WIR BEKÄMPFEN.

DER ISOLATION ALS WAFFE DER SCHWEINE BEGEGNEN WIR MIT UNSERER KUNST, DIE JEDE MINUTE UND AN JEDEM ORT DIE WAFFE IN DER ENTBLOßTEN HAND DES VOLKES HALTEN.

WIR FURDERN, DAß DIE VON DEN BGH - BUNZEN GEGEN UNS ZUR ISOLATION AUFGEHOBEN WIRD. WIR FORDERN, DASS WIR MIT DEN ANDEREN GEFANGENEN REDEN UND WIR FORDERN, DASS MINDESTENS JE ZWEI RAF - GEFANGENE ZUSAMMEN AUF DEM HOF UNMÖGLICH DIE TÜR EN DREHEN DÜRFEN. WIR ERKLÄREN UNS SOLIDARISCH MIT DER AKTION FÜR MICHAEL ST. IM GEFÄNGNIS WESLARG UND FÖHDERN, DASS ER AUS BUTZBACH ZURÜCK NACH DIELEBURG VERLEGT WIRD.

WIR FÜHREN KOLLEKTIV EINEN HUNGERSTREIK, DEN WIR SO LANGE FORTSETZEN WERDEN, BIS DIESE FORDERUNGEN ERFÜLLT SIND - ZUR VERTEIDIGUNG DER INTERESSEN DES VOLKES GEGEN DIE INTERESSEN DES STAATES, UN DEM DAS KAPITAL DER MAHLER HINTER DEM GERICHT, DER JUSTIZMINISTER HINTER DEM JUSTIZMINISTER, DER GEFÄNGNIS WESLARG HINTER DEM GERICHTSDIREKTOR IST.

- rote hilfe - spendenkanten
- rh hamburg: dresdner bank hh 34539333 - rote hilfe
- rh berlin: r.fink - sonderkonto postschek berlin-west 337 637
- rh frankfurt: dresdner bank ffm kto, 4116604
- rh münchen: stadtparkasse münchen kto. 907 - 112 189

inhaltsverzeichnis

- Knastmedizin; Killermedizin.....S.2
- Klassenjustiz in Wort und Bild.....S.2
- und Marginalien dazu.....S.3
- Wie Solidarität im Knast verhindert wird (Beitrag von Margrit Schiller)...S.3
- Mörder in Uniform.....S.3
- Langzeitknast Straubing; Dokumente und Briefe von Holf Heißler.....S.4-5
- Bullen haben's schwer und müssen verkauft werden wie Waschmittel.....S.6
- Soziallager Bramberg.....S.6
- Arbeitsunfälle bei Blohm & Voss.....S.7
- The Angry Brigade.....S.3
- Antizionistischer Kampf in Israel.....S.9
- Rauch-Haus.....S.10
- RAF und RH: zur Diskussion.....S.10
- Besuch beim Ermittlungsrichter Strack S.11
- Folterknecht Jassal und was ihm passiert..... S.11
- Holf-Jürgen Meier in Tegel..... S.12
- Abschließung Heideberg nach Protesten ver..... S.12



KNAST MEDIZIN : KILLER MEDIZIN

Bernhard Rubinke, seit 1945 im Knast, bekam 1954 eine schmerzhafte Entzündung der Ohrspeicheldrüse. Daraufhin wurde ihm über Jahre hinweg als einzige "Therapie" ein schmerzstillendes Mittel verabreicht, das Phenazetin, einen höchst nierenschädlichen Stoff, enthält. Darunter litt seine Niere und es kam unweigerlich zu Nierenschäden, die sich bis jetzt so verschlimmert haben, daß Rubinke als todkranker Mann gilt.

Alle Versuche Rubinkes, Haftverschonung zu erreichen und die Ärzte auf Schadenersatz zu verklagen, mißlingen oder endeten mit lächerlichen 150,- DM Schadenersatzanspruch für ihn.

Ende 1972 stellte Mairose, Chefarzt im Knastkrankenhaus, federführend ein Gnadengesuch für Rubinke welches jetzt ohne Begründung abgelehnt worden ist. Daraufhin trat Rubinke am 14.2. in den Hungerstreik, worüber er auch einen großen Teil der Presse informierte. Die Presse schweigt sich natürlich aus.

Zur Zeit trinkt Rubinke zwar noch ein wenig Wasser, er will aber auch in den Durststreik treten. Das heißt für ihn, daß er sein Leben direkt aufs Spiel setzt, da seine kranke Niere täglich mehrere Liter Flüssigkeit braucht. Aber Rubinke hat gelernt, daß es besser ist, Widerstand zu leisten, als sich langsam aber sicher zu Tode schinden zu lassen.

Wir drucken hier seinen Brief ab, in dem er seine Situation und die Farce mit dem Gnadengesuch am besten selbst beschreibt.

Hamburg, 19. Febr. 1973

Lieber

Ich hoffe, Du hast zwischenzeitlich meinen letzten Brief erhalten. Heute ist es der 6. Tag und so allmählich hat sich der Magen daran gewöhnt, nur ab und zu einige Tropfen Venorol oder mal eine Rabbro-Tablette verdauen zu müssen!

Nun aber zu Deinem Brief vom... den ich heute am 19.2. dankend erhalten habe. Und gleich zu Deiner Frege betreffs des Arztes, der mir Haftfähigkeit bescheinigt hat. Ich be-greife Dein Erstaunen darüber und Du stehst mit Deinem Erstaunen keineswegs alleine da! Wenn Du nun aber weiterlesen tust, dann beherrsche Dich und schlage nichts kaputt!!

Meine Haftfähigkeit wurde von dem gleichen Arzt bescheinigt, der auch das Gnadengesuch für mich federführend eingereicht hat, es ist immer gültige und väterliche Mairose gewesen!!!!

Ja, das ist die schäbigste Tat, die ich nach 1945 hinnehmen mußte, und die ich wohl kaum verdauen werde.

Folgendes ist hier festzuhalten: Mairose lehnte, wie Du weißt, alle von Frau Gottschalk-Solger eingereichten Haftunterbrechungsanträge ab und begründete es mit meiner Haftfähigkeit. Ende 1972 wurde Mairose von 2 anderen Ärzten wegen dieses Gnadengesuchs angesprochen und er willigte ein. Das Gesuch wurde von ihm verfaßt und von 3 weiteren Ärzten mit unterschrieben. Als das Gesuch draußen war und die Zeitungen darüber berichteten und meine Rechtsanwältin deutlich ihre Meinung (meine natürlich auch) zum Ausdruck brachte, daß Mairose das Gesuch bestimmt nicht aus Nächstenliebe für mich eingereicht habe, sondern die Ärzte wohl kalte Füße bekommen hatten, da kam schon am anderen Tag ein Arzt zu mir und sagte wörtlich: "Nun ist der Traum aus!!!" und weiter "Mairose wollte heute schon das Gesuch zurücknehmen!!!"

Es wurde aber nicht zurückgenommen, weil dies ja gar nicht erforderlich war, Mairose hatte ja von Beginn an die Falle eingebaut und die mußte ja zuschnappen. Er hatte gleichzeitig mit diesem Gesuch die Haftfähigkeit ausdrücklich bescheinigt!!!!

Weil dieses aber keiner wußte, und die meisten Menschen es auch heute noch nicht wissen, steht dieser gültige Arzt ganz oben an, und jeder, der es nicht weiß, wird sagen, was will dieser R. denn eigentlich, Mairose hat doch nun wirklich alles versucht, um ihn rauszubekommen!

Ein wirklich gelungener Dolchstoß!!

Ich habe alles unternommen, um dieses grausame Spiel an die Öffentlichkeit zu bringen. Ich schrieb an Cornelia Sonntag beim NDR. Ich habe an das Fernsehen geschrieben, NDR. Ich habe an Rappersberg vom Abendblatt Mitteilung gemacht. Ich schrieb auch Brigitta Wolf an und bat um Hilfe! Weiter benachrichtigte ich den Reporter vom Stern, Herrn Klaus Imbeck!

Leider habe ich bis heute keine Hinweise dafür, daß die Menschen etwas unternehmen und ich weiß auch nicht, ob meine Briefe abgeschickt wurden!? Ich bin zur Zeit gehandikapt und kann nur hoffen, es werden doch noch Menschen da sein, die diese abscheuliche Gemeinheit an die Öffentlichkeit bringen! Ich wollte auch an Peggy Parnass von der Konkret schreiben und um ihren Besuch bitten. Ob Ihr es wohl für mich machen könnt? Eventuell selber mit Peggy über diese Sauerei sprechen! Auch dem Spiegel hätte ich gerne einiges berichtet. Morgen werde ich auch an Prof. Dr. Kaul schreiben. Er ist ja der beste Westberliner RA, und dem werde ich mal über diesen sogenannten Rechtsstaat einiges mitteilen. Hoffentlich klappt es noch mit mir, heute am Abend bin ich doch ziemlich fertig!

(...)

Für heute laßt Euch alle herzlich grüßen!

Dein Bernhard

Einem 48jährigen Strafgefangenen wurden in der Haft beide Nieren zerstört.

Schuld daran: — die Hamburger Gefängnisärzte —



BERNHARD RUBINKE

DISKUSSIONSBEITRAG DER ROTEN HILFE ERLANGEN-NÜRNBERG ZUM BEGRIFF "KLASSENJUSTIZ"

In einem Vortrag über Klassenjustiz vom August 1907 führt Karl Liebknecht vier Merkmale an, in denen sich Klassenjustiz äußere:

- 1) in der Prozeßführung
- 2) in der einseitigen Auffassung des Prozeßmaterials und der einseitigen Würdigung des Sachverhalts
- 3) in der Auslegung der Gesetze
- 4) im Strafmaß.

In der Diskussion der Linken wird der Begriff Klassenjustiz größtenteils nach wie vor in diesem Sinne verwendet. Dies geschieht jedoch ohne Berücksichtigung der konkreten historischen Verhältnisse. Liebknecht formulierte seine Thesen auf dem Hintergrund entfalteter Klassenaueinandersetzungen. In der heutigen Situation der BRD kann von einer entwickelten Arbeiterbewegung nicht die Rede sein. Aufgrund der veränderten historischen Gegebenheiten halten wir es für notwendig, den Begriff Klassenjustiz neu zu fassen. Dies ist keine theoretische Heerspalterei, sondern



äußerst wichtig für die Ableitung unserer politischen Strategie. Eine Analyse, Gemessen, ist um so nützlicher, je wahrer sie ist (Lenin). Eine Analyse der Justiz hat auszugehen von den Produktionsverhältnissen, die rechtlichen Überbau (unter anderem) bestimmen. Unsere Gesellschaft beruht auf kapitalistischer Produktion, das bedeutet: Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital und daraus resultierende Klassengegensätze. Trotzdem haben beide Klassen ein gemeinsames Interesse am Funktionieren des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems: das Proletariat ist unter den bestehenden Verhältnissen zu seiner täglichen Reproduktion auf die in der Händen der Kapitalisten befindlichen Produktionsmittel angewiesen, ebenso die Bourgeoisie zur Verwertung ihres Kapitals auf die Arbeiterklasse. Dies bedeutet für den Kapitalisten die Sicherung des Profits, für den Arbeiter allein die Sicherung seiner Existenz.

In dieser Klassengesellschaft konstituiert sich der Staat als Institution, die ihrem Anspruch nach "allgemeine gesellschaftliche Interessen" wahrnimmt. Der Staat vertritt scheinbar die Interessen jedes Bürgers, indem er z.B. durch Schaffung verbindlicher Rechtsnormen zur konfliktarmen Abwicklung der in der gesellschaftlichen Praxis auftretenden Probleme beiträgt und so die tägliche Reproduktion jedes einzelnen unter den bestehenden Verhältnissen gewährleistet. Dies steckt genau den Aufgabenbereich des Staates ab, er kann darüber hinaus keine grundsätzliche Lösung des gesellschaftlichen Widerspruchs leisten.

Betrachten wir nun die Rechtsverhältnisse in der bürgerlichen, d.h. warenproduzierenden Gesellschaft genauer (warenproduzierend heißt: es wird arbeitsteilig unter den Bedingungen von Privateigentum und den Gesetzen des Austauschs produziert); die wesentlichen Grundpfeiler bürgerlichen Rechts sind Freiheit und Gleichheit. Freiheit kann unter kapitalistischen Bedingungen aber nichts anderes heißen als freie Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, bzw. freier Verkauf der Ware Arbeitskraft auf dem Markt. Gleichheit bedeutet nichts anderes als formale Gleichheit von Warenbesitzern, wobei der Besitz von Produktionsmitteln dem bloßen Besitz von Arbeitskraft gleichgestellt ist. Von den realen polit-ökonomischen Eigenschaften der Warenbesitzer bzw. des Eigentums wird hierbei völlig abstrahiert. Durch eben diese Abstraktion aber werden die bestehenden Eigentumsverhältnisse festgeschrieben. Die Gleichheit reduziert sich auf formale Gleichheit von Vertragspartnern auf dem Arbeitsmarkt.

Somit entspricht das bestehende Recht der Realität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, d.h. es ist ein positives Recht. Es ist den Interessen der besitzenden Klasse adäquat, somit ein Klassenrecht. Die Anwendung bürgerlichen Rechts (Klassenrecht) kann nicht gleichgesetzt werden mit Klassenjustiz. So lange Konflikte im systemimmanenten Rahmen ausgetragen werden können und zwischen den beiden Klassen Konsens bezüglich der bürgerlichen Rechtsnormen besteht, hat die Arbeiterklasse den objektiven Klassencharakter des herrschenden Rechts nicht durchschaut. Sie tritt also nicht bewußt als Klasse gegen bürgerliche Rechtsnormen auf. Somit braucht auch die Justiz nicht die Plattform dieses "gemeinsamen" Rechtsverständnisses zu verlassen. Es besteht keine Notwendigkeit, gegen die Arbeiterklasse als Klasse vorzugehen, das herrschende Recht als Recht der Herrschenden zu verteidigen. Klassenjustiz tritt vielmehr erst dann auf, wenn die Arbeiterklasse in Erkenntnis ihrer objektiven Klassenlage das bestehende bürgerliche Recht angreift und die Justiz gezwungen ist, eben dieses Recht zu verteidigen.

Stellen Individuen oder Gruppen ohne Bezug auf entfaltete Klassenkämpfe die bürgerlichen Verkehrsformen grundsätzlich in Frage, kann die bürgerliche Justiz auf diese Individuen oder Gruppen auch nicht als Vertreter der Arbeiterklasse reagieren und explizit als Klassenjustiz in Erscheinung treten. Die Reaktion von Justiz und Staat auf solche politischen "Rechtsbrüche" unterscheiden sich dennoch qualitativ von den Reaktionen auf "gewöhnliche Kriminalität". Hier wird deutlich, daß diese Angriffe mehr oder weniger bewußt als radikale Angriffe auf die bestehenden Gesellschaftsordnung verstanden werden. Diese Individuen oder Gruppen werden zu politischen Gegnern und der Staat versucht selbst um den Preis des Rechtsbruchs die bürgerlichen Verkehrsformen aufrecht zu erhalten. Für diese Fälle verwenden wir den Begriff politische Justiz.

Diese Unterscheidung zeigt, daß der Kampf gegen politische Justiz sich nur bedingt in dem Rahmen sozialistischer Politik einordnen läßt. Der notwendige moralische Kampf gegen politische Justiz, ist nicht identisch mit sozialistischer Politik, da sich eine sozialistische Politik von dem realen Stand der Klassenkämpfe bestimmen lassen muß. Dieser Text ist erst ein Anfang!

KNAST: Solidarität - oder wie man sie verhindert

Erklärung von MARGRIT SCHILLER, verlesen im Prozess

Im Knast gibt es einen Kleinkrieg Jeder-gegen-Jeden, nicht anders als "draußen". Im Knast sind aber die Techniken und Mechanismen offensichtlicher, mit denen dieser Kleinkrieg produziert und jeder Ansatz von Solidarität verhindert wird.

Eines davon möchte ich hier beschreiben, eben weil es in z.T. verschärfter Form das deutlich macht, was auch die Gesellschaft "draußen" bestimmt.

Zuerst: die Einzelzellen. Während der U-Haft - und ich bin ja in einem sog. Untersuchungsgefängnis - werden die Gefangenen normalerweise (das gilt jetzt nur für den Frauenbau) in Einzelzellen gesperrt. Wer gar nicht arbeitet oder Zellenerbeit macht, z.B. Einkaufsnetze häkeln, der sitzt bis auf eine halbe Stunde Hofgang 23/2 Stunden am Tag allein zwischen erdrückenden, aggressiven Mauern in einer engen Zelle. Um nicht nachdenken zu müssen - was die meisten Gefangenen sowieso kaum gelernt haben -, wird geputzt, das Bett von einer Mauer an die andere gerückt, irgendwas gewurstelt, möglichst viel gegessen (ein voller Bauch macht den Kopf langsam) und vor sich hin gedöst.

Die Mauern, die Isolation, die Enge der Zelle erzeugen eine enorme Spannung und Aggressivität, die nicht artikuliert und mit der sich nicht auseinandergesetzt werden kann. Diese Situation verstärkt gleichzeitig das Bedürfnis nach Kommunikation und deren Unmöglichkeit.

Das ist also die erste, sehr wesentliche Grundbedingung.

Dann: Arbeit. Es gibt im Knast verschiedene Arten von Arbeit, die für die Gefangenen in einer hierarchischen Rangfolge stehen. Das sind hier:

1. Zellenerbeit (Netze häkeln, Landkarten falten usw.)
2. Arbeit im Nähsaal (z.B. Wäsche stopfen, Kleidung für das Knastpersonal nähen und ausbessern - auch Privatkleidung)
3. Kalfaktorenposten
4. Arbeit in der Gerichtskantine.

Zwischen den Gefangenen dieser verschiedenen Arbeits-Rangstufen besteht ein Konkurrenzverhältnis, das außerdem von der Zeit abhängt, die jemand schon im Knast sitzt. Herausragendes Beispiel ist die Beziehung zwischen den Kalfaktoren und denjenigen, die (nur) auf der Zelle oder im Nähsaal arbeiten. Kalfaktoren teilen auf einer, "ihrer" Station das Essen aus, sind verantwortlich für die Sauberkeit dort, geben Kloppapier (darum entsteht

ständig Streit, weil es zu knapp ist!), Schreibpapier usw. aus. Das heißt, ein Kalfaktor übernimmt teilweise Wärterfunktion und hat damit Macht über die anderen Gefangenen.

Diese Position läßt sich vielleicht vergleichen mit der eines Meisters in der Fabrik. Vergleichen in Bezug darauf, daß beide -Kalfaktor und Meister- Aufpasser und Antreiber sind gegenüber denjenigen, die in der Arbeits-hierarchie unter ihnen stehen, und daß beide ebenso von oben angetrieben und kommandiert werden.

Die Kalfaktoren sitzen also zwischen allen Stühlen. Sie werden benutzt und kaputt gemacht, und sie zerstören selbst die Einheit der Gefangenen, indem sie spitzeln, antreiben, Unterschiede machen. Auch wenn es "nur" um's Essen geht - um das Essen dreht sich im Knast ein großer Teil aller Gedanken und Gespräche - und wenn tatsächlich vielleicht gar keine Unterschiede gemacht werden: Jeder, der vereinzelt in der Zelle sitzt und wartet, hat doch immer das Gefühl, daß er weniger bekommt als die andern, zumindest als der Kalfaktor selbst, den ja kein Gefangener kontrollieren kann.

Auch vom Justizapparat werden Unterschiede gemacht, nach undurchschaubaren, zufälligen Kriterien, die Konkurrenz und Neid unter den Gefangenen verstärken. Unterschiede in der Höhe der Urteile für ein und dasselbe "Delikt", Unterschiede in der Genehmigung von sog. Knast-"Urlaub" usw. Genau in diesen Zusammenhang der Aufspaltung und Vereinzelung gehört auch das sog. Gleichheits-Prinzip, das an den absurdsten Stellen hervorgekramt wird. Z.B. wurde mir abends eine Stunde länger Licht verweigert mit der Begründung, daß damit die "Gleichheit" gegenüber den anderen Gefangenen nicht mehr gewährleistet sei. Wie "gleich" ich sonst behandelt werde, ist ja bekannt und nicht zu übersehen!

Es gibt natürlich auch Maßnahmen, die ganz offen und unverschleiert jede Form von Solidarisierung verhindern bzw. blockieren sollen. Mir wurde z.B. gesagt, bevor ich nach 6 Monaten totaler Isolierung zum ersten Mal mit den anderen Gefangenen beim Fernsehen zusammenkam: "Sie können nur unter den Bedingungen am Wochenende zum Fernsehen, wenn Sie nicht politisch agitieren." Und vor einigen Wochen wurde mir mal wieder verboten, wörtlich "Über Politik zu sprechen". Da ich noch nie weder über SPD oder CDU noch sonst über etwas gesprochen habe, was im bürgerlichen Sprachgebrauch mit "Politik" bezeichnet



den scheint, und das mit dem Abtransport nach Lübeck bestraft wird.

wird, konnte damit nur mein Versuch gemeint sein, den Frauen bei der Artikulation ihrer Bedürfnisse zu helfen und mit ihnen die Gemeinsamkeit unserer Lage bewußt zu machen - und das in ein paar Stunden am Wochenende, die inzwischen auch blockiert sind.

Weiter: Ich bin ja eingesperrt im Untersuchungsgefängnis für Frauen. Etwa 1/3 der Frauen dort sind Strafgefangene, die dort für verschiedene Arbeiten gebraucht werden. Da sie lieber hier als in Lübeck sind - dafür gibt es mehrere Gründe - hängt über ihnen ständig das Damoklesschwert "Wenn du im Holstengleis irgendwelchen Ärger machst, mußt du nach Lübeck!" Diese Drohung ist ein ungeheuer wirksames Disziplinierungsinstrument, das gegen jede Art von Gegenwehr und Solidarisierung eingesetzt werden kann und wird.

Wenn der Frauenbau überfüllt ist, oder auch auf besonderen Antrag hin, werden zwei Frauen zusammen in eine Einzelzelle geschlossen. In anderen Knasten gibt es fast nie Zweierzellen, sondern immer nur Dreier-, Fünfer- oder noch größere Zellen, u.a. um zu verhindern, was dann hier (dort aber nicht anders) passieren kann: daß nämlich die Gefangenen, die da in einer winzigen Zelle zusammengepfercht sind, lesbische Beziehungen aufnehmen. Eine ziemlich zwangsläufige Entwicklung. Hier im Knast ist das aber ein Verbrechen, das die Ruhe und Ordnung in der Anstalt zu gefähr-

Zum Schluß noch ein Beispiel, das so oder anders überall bekannt ist, und das brennpunktartig noch einmal die Konsequenzen dieser Verhältnisse verdeutlicht, und wie hier Menschen selbst zu Knast gemacht werden:

Eine junge Ausländerin, die schon so lange in U-Haft sitzt wie ich, also bald 15 Monate, verweigert sowohl bei der Kripo als auch im Prozeß die Aussage. Sie ist Analphabetin. Deutsch sprechen zu lernen hat sie erst im Knast angefangen. Der Prozeß gegen sie hat inzwischen begonnen, und mit den Indizien gegen sie hatte das Gericht ziemliche Schwierigkeiten.

Da erscheint plötzlich eine Gefangene, die sehr viel mit dieser Ausländerin zusammen war, bei der Abteilungsleiterin und gibt an, sie hätte ihr die Tat in allen Einzelheiten gestanden. Daraufhin hat die Abteilungsleiterin natürlich nichts Besseres zu tun als die Staatsanwaltschaft zu rufen.

Wie der Prozeß jetzt ausgeht, kann man sich an fünf Fingern ausrechnen. Die Ausländerin liegt in der sog. Beobachtungszelle wegen Selbstmordgefahr.

Ähnliches wiederholt sich in jedem Knast. Die Gefangenen erzählen, untereinander, gegeneinander, gegen sich selbst.

Weil sie weder gelernt haben zu schweigen noch zu sprechen. Und weil es den letzten Schein von Menschlichkeit kostet, wenn man in diesen Mauern auch noch seine Stimme verliert.

MÖRDER in UNIFORM

Wir drucken hier noch einmal den Brief ab, den der Hafenanarbeiter Carl-Heinz Landfried nach der Verhaftung und gewaltsamen Vorführung Margrit Schillers vor der Presse an den Hamburger Polizei-Präsidenten Redding schrieb.

Landfried wurde für diesen Brief wegen "Mißachtung der Hamburger Polizei als solcher", wegen "Beleidigung einer Behörde" und weil er nicht die "richtige Form der Kritik" fand zu 150,- DM Geldstrafe (einschließlich Prozeßkosten 350,- DM) verurteilt. Was Landfried in diesem Brief vor mehr als einem Jahr vorausgesehen hat und was wohl mancher damals doch nicht ganz für voll genommen hat, hat sich inzwischen fast wörtlich bestätigt.

Sehr geehrter Herr Redding!

Hiermit protestiere ich auf das Schärfste gegen die Gestapo-Methoden ihrer Knüppelknechte, die heute wieder ein "Glanzstück" an Brutalität und Niedertracht "vollbracht" haben, indem sie zusammen mit zwei weiblichen Schlüsselknechten die Studentin Margrit Schiller mißhandelten und mit Gewalt vor die Kamera einer sogenannten "Pressekonferenz" schleiften! Nicht genug damit, eines ihrer uniformierten Mannweiber riß der Wehrlosen, die von den übrigen Schergen festgehalten wurde, mit Gewalt den Kopf nach oben, damit sie gefilmt werden konnte!

Sie können wirklich "stolz" auf Ihre Knüppelhelden und Staatsbüttel blicken, die Hitlers Gestapo noch weit in den Schatten stellen! Zum Glück haben Millionen Menschen das brutale Vorgehen Ihrer "tapferen" Schergen am Bildschirm verfolgen können! Es läßt sich also nicht, wie üblich, und wie es einige uniformierte Genossen in ähnlichen Fällen praktizieren, mit faustdicken Lügen aus der Welt schaffen!!! Ich denke da speziell an zwei uniformierte Mörder in Berlin, die einen Studenten und einen kleinen harmlosen Dieb auf feige und hinterlistige Art von hinten ermordet haben. Einer dieser "vorbildlichen Staatsdiener" entpuppte sich später auch als Sittenstrolach!

Auch die Ermordung der Geisel beim Bankraub in München durch einen Polizisten wollen wir nicht vergessen, ebensowenig wie die feige Erschießung der Petra Schelm in Hamburg, die dann auch noch als "Heldentat" propagiert wurde.

Ob in München, Frankfurt, im Rheinland oder in Hamburg, Ihre "tapferen" Knüppelhelden scheuen sich nicht, hilf- und wehrlose Frauen und Kinder bei Hausbesetzungen und Demonstrationen brutal zusammenzuschlagen und niederzuknüppeln und die am Boden liegenden dann auch noch mit Füßen zu treten! Sie können also wirklich "stolz" auf Ihre Mannen sein! Es mag zutreffen, daß es auch einige wirklich anständige Polizisten gibt, aber weiß man, ob man diesen wenigen jemals begegnet? Wie ich der Presse entnehme, sollen die Polizisten in Zukunft ihre Waffen mit nach Hause nehmen. Warum? Damit noch mehr Morde passieren?? oder Banküberfälle?? Einen Polizisten hatten wir ja schon als Bankräuber! oder sonstige strafbaren, die man mit einer Pistole in der Hand erzwingen kann? In der Uniform fühlt sich so mancher schon als kleiner König, wieviel mehr dann, wenn er noch mit einer Pistole herumfuchteln kann! Wieviele Fußgänger werden dann wohl von so einem übereifrigen "Helden" erschossen werden, weil sie bei Rot über die Kreuzung gegangen sind? Auch wird niemand mehr in einer Gaststätte in Ruhe sein Bier trinken können, da er befürchten muß, von einem besoffenen Uniformträger abgeknallt zu werden! Der uniformierte



"Held" kann das unbesorgt tun, denn ihm passiert ja nichts, "dank" unserer "Recht"sprechung! Durch seine Lügen, untermauert von den "Alibis" seiner "Kameraden", wird er den Staatsanwalt schon überzeugen, daß er unschuldig ist! Dann braucht er auch die 14 Tage Gefängnis wegen Mordes nicht abzusitzen, sondern erhält Bewährung

Mordes nicht abzusitzen, sondern erhält Bewährungsfrist!

Ich kann nur sagen: Machen Sie ruhig so weiter, der "Staatsrat" ist Ihnen sicher! Und Ihr "gutes Gewissen", welches ja bekanntlich ein sanftes Ruhekitzen ist, wird schon für einen ausreichenden Schlaf sorgen!

C. H. Landfried

Genossen, spendet auf das Konto:
C. H. LANDFRIED
Neue Sparkasse Hamburg
Kto. 1013 / 766561

GO IN im NDR

Seit über 3 Wochen befanden sich die politischen Gefangenen im Hungerstreik gegen die unerträglichen Haftbedingungen. Die westdeutsche Presse hatte es bei einmaligen kurzen Notizen bewenden lassen, die Staatsanwaltschaft, Richter, zuständigen Behörden schwiegen sich aus. Aus der Erklärung der Gefangenen zum Hungerstreik war kein Wort veröffentlicht worden. Daraufhin sind die Anwälte ihrer Pflicht zum Widerstand nachgekommen, um mit einem Hungerstreik vor dem Bundesgerichtshof endlich Richterstattung, Öffentlichkeit und eine Änderung der Haftbedingungen zu erzwingen.

Während sich einige Zeitungen mühsam kurze Zwei-Zeilen-Notizen abrang, war im Rundfunk nach 3 Tagen immer noch keine Meldung zu hören. Die Tendenz war offensichtlich: Während über die diplomatischen Rängeleien bei der Aufnahme der Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien minuziös mehrmals am Tag berichtet wurde, gilt für politisch unbequeme Aktionen im eigenen Land die Devise: Berichterstattung auf Sparflamme, wenn möglich völliges Totschweigen.

Am 4. Tag des Hungerstreiks der Rechtsanwälte haben 20 Genossen der RUTEN HILFE Hamburg ein Go-in im NDR gemacht. Dort breitete sich das Dilemma der westdeutschen Pressefreiheit vor uns aus:

Die Redakteurin des 5-Uhr-Clubs findet die Nachricht für den 5-Uhr-Club politisch zu brisant. Eine Verlesung der Erklärung der Gefangenen und der Presseerklärung der Anwälte könne den 5-Uhr-Club, der wegen relativ großzügiger Berichterstattung sowieso schon als einer der ersten auf der Abschußliste steht, den Kopf kosten.

Der politische Redakteur der Umschau am Abend findet zwar persönlich, daß das eine "Meldung" sei, ist sich aber doch nicht ganz sicher, ob das auch tatsächliche eine "Meldung" sei. Außerdem müßten wir ja bedenken, daß man durch Meldungen sowieso nichts ändern könne.

Die jüngeren Redakteure sind im Begreifen etwas schneller. Sie machen jedoch geltend, daß der Rundfunk auch nicht so könne, wie er wolle. Auch da sitzen Leute, die den Daumen drauf haben und die derartige Dinge nicht gern zu verbreiten wünschen. Ein Redakteur erklärt: Wenn wir sagen, daß Gefängnis Mord auf Raten ist, dann fordert doch die gesamte Öffentlichkeit unseren Kopf. Man kann doch noch nicht einmal Urlaub für die Gefangenen fordern, jedenfalls nicht, ohne gleich zu betonen, daß damit nicht die weiche Welle gemeint sei. Der Politredakteur wendet ein, er fühle sich in seiner freien Meinungsäußerung nicht bedrängt.

Alle Redakteure, einschließlich der Nachrichtenredaktion, haben sowieso von der ganzen Sache noch nichts gehört. Keiner findet allerdings etwas Besonderes dabei. Auch auf die Information hin, daß die Meldung bei dpa eingegangen sein müsse, da zumindest die Presseerklärung dorthin geschickt worden ist, hat der politische Redakteur Mühe, zu begreifen, wieso es ein Politikum ist, daß er noch immer völlig ahnungslos ist.

Man kommt schließlich überein, daß erst einmal

recherchiert werden müsse, da könne ja sonst auch die CDU kommen und sagen, es sei was los.

Anruf bei dpa, dpa lakonisch: Jewohl, die Meldung sei eingegangen, sie habe aber noch nicht recherchiert werden können und deswegen habe man sie nicht weitergeben können.

Wir fragen seit wann braucht eine Nachrichtenagentur 4 Tage, um eine Meldung zu recherchieren, noch dazu, wenn die Betroffenen gut sichtbar in schwarzen Roben vor dem Bundesgerichtshof sitzen? Wir fragen, wann dpa überhaupt vorhatte noch zu recherchieren, da der Hungerstreik bis zum selben Abend befristet war. Wir stellen fest: dpa hatte offensichtlich nicht vor, die Meldung herauszugeben.

Um 18.00 Uhr schließlich ging die Meldung von dpa ein. (Entweder es konnte plötzlich sehr schnell recherchiert werden oder aber es war längst recherchiert und man sah sich nun, nach der Rückfrage vom NDR, gezwungen, die Sache doch weiterzuleiten.)

Um 18.30 Uhr wurde sie durch die Nachrichten gebracht. Da sie in keiner weiteren Sendung,

Um 18.30 Uhr wurde sie durch die Nachrichten gebracht. Da sie in keiner weiteren Sendung, weder am selben Abend noch am folgenden Tag wieder durchgegeben wurde, ist anzunehmen, daß sich die Nachrichtenredaktion nur auf Grund der Versicherung, daß wir das Haus nicht eher räumen würden, dazu entschlossen, ihrer Pflicht zur Information der Öffentlichkeit nachzukommen.



„Das Ziel, die Allgemeinheit zu schützen... und den Gefangenen in die bestehende Gesellschaft einzugliedern... erfordert eine sichere Verwahrung gefährlicher Rechtsbrecher... die unter dem Druck, der ihnen auferlegtem Isolation besonders extreme Ziele entwickeln. Diesem Erfordernis kommt in einer Anstalt wie der JVA Straubing... besondere Bedeutung zu.“

Dr. Wilhelm Stärk Oberhülle in Straubing in seiner Stellungnahme zur Beschwerde beim OLG wegen Postbeanstandung

KNAST-STRAUBING
 In Niederbayern an der Donau gelegenes von 100 Jahren modernes Zuchthaus überhaupt, mit Bayerns einziger "Anstalt für Psychotherapie im Strafvollzug" (morgens und abends läuft ein Wachtel mit einem Tablett Medikamenten herum und verteilt sie) dem Haus III. Die Insassen der Abteilung müssen den ganzen Tag den Aklamesender Bayern III anhören, dürfen nicht rauchen, keinen Kaffee trinken und bekommen außer Readers Digest aus den 60iger Jahren nichts zu lesen. Mittels 2 Panzerglasfensterflügeln läßt sich jede der Zellen umgehend in eine Beruhigungszelle verwandeln.
 In der Abteilung befinden sich sogenannte "Vollzugsstörer" aus ganz Bayern. Das sind zum Teil Kranke, zum Teil Hungerstreiker und solche die sich nichts gefallen lassen. Das Haus III ist durch eine zusätzliche Mauer vom übrigen Zuchthaus abgesichert (Knastr im Knast). Rolf Pohle wurde nach einem Hungerstreik in diese Abteilung gebracht. Seine Anwesenheit dort Außer anderen wurde auch Rolf Pohle nach einem Hungerstreik in diese Abteilung gebracht. Seine Anwesenheit dort hat aber nach oberster Anstaltsleitung nicht mit der dort befindlichen Abteilung zu tun. Frei nach Dr. Stärk: "Pohle ist gar nicht dort wo er ist."
 In Straubing befinden sich ca. 700 Gefangene zum größten Teil solche mit hohen Strafen (lebenslänglich). Zu ihrer Resozialisierung dürfen sie z.B. für die Fa. MAN Schrauben herstellen, die für den STARFIGHTER Verwendung finden oder Fleckerlenteppiche weben oder Skis machen.

Stellungnahme der Anstalt zur Beschwerde des Anwalts beim OLG wegen Postbeanstandung

Es trifft zu, daß gemäß Nr. 148 Abs. 2 i.v.m. den Nrn. 155 und 156 dVollzO eine Reihe von Schreiben angehalten wurde, die an den Gefangenen Heißler gerichtet bzw. von ihm geschrieben worden sind. Gegen das Anhalten dieser Schreiben hat sich der Gefangene mit Beschwerden vom 1.7.1972 und vom 8.7.1972 gewandt.

Mit Bescheid vom 18.7.1972 habe ich die Dienstaufsichtsbeschwerden des Gefangenen gegen das Anhalten der genannten Schreiben zurückgewiesen.

Drei der aufgeführten Schreiben, nämlich die Schreiben des Gefangenen Heißler an Jan Karl Raspe, an Holger Meins und an Andreas Beader, die vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof nicht hof nicht

hof wegen Postbeschränkung nicht zur Beförderung freigegeben worden sind, wurden ungeöffnet zur Hebe des Gefangenen genommen.

Das Anhalten der übrigen Schreiben ist zu Recht erfolgt. Es sollte dadurch nicht etwa eine totale Isolation des Gefangenen Heißler erfolgen, wie der Rechtsanwalt in seiner Antragsbegründung vorträgt, der Gefangene hat nämlich eine ganze Anzahl anderer Briefe erhalten. Die Anhalteverfügungen dienen vielmehr dazu, den Zielen des Strafvollzugs sowie den Erfordernissen nach Sicherheit und Ordnung in der Ordnung Rechnung zu tragen.

Die Anhalteverfügungen wurden auf die Bestimmungen der Nrn. 148, 155, und 156 der Vollzugsordnung gestützt. Da die Dienst- und Vollzugsordnung nur den Charakter einer Verwaltungsordnung hat, ist im vorliegenden Fall zu prüfen, ob durch diese Entscheidungen in zulässiger Weise in das Grundrecht der Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 Grundgesetz eingegriffen wurde (so z.B. BvG - Beschluß vom 14.3.1972 - Az: 1 Byr 41/71-). Das ist der Fall, weil die Entscheidungen innerhalb des vom BvG gesteckten Rahmens bleiben, der zur Zeit ein Anhalten von Briefen auch ohne eine ausdrückliche gesetzliche Regelung zuläßt, denn sie war als Eingriff in das Grundrecht der Meinungsfreiheit des Gefangenen unerlässlich, um den Strafvollzug unter Berücksichtigung seines Sinnes und Zweckes aufrechtzuerhalten und geordnet durchzuführen (so das BvG a. a.O.). Die vom BvG selbst gegebene Begründung Interpretationshilfe- "sinn und Zweck des Strafvollzugs zu berücksichtigen"- ergibt, daß der Begriff der Unerlässlichkeit des Eingriffs zur Aufrechterhaltung und geordneten Durchführung des Strafvollzugs nicht eng auszulagen ist (so auch das BvG Nürnberg im Beschluß vom 22.8.1972 - Was20/72). Sinn und Zweck des Strafvollzugs sind in der Nummer 57 der Dienst- und Vollzugsordnung dargelegt. Sie entsprechen im gegenwärtigen Verständnis des Strafvollzugs, auch im Hinblick auf den Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes (vgl. OLG Nürnberg a. a.O.).

Die an diesen Zwecken orientierten Beschränkungen der Nrn. 147, 148 Abs. 2 der DVO sowie der Nrn. 155, 156 DVO berücksichtigen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung; sie sind als Eingriffstatbestände eindeutig auf solche wenigen Ausnahmen beschränkt, die untrennbar mit der einer Freiheitsentziehung immanenten Abschließung oder mit der Ausrichtung des Strafvollzugs auf sein vornehmliches Ziel, die Wiedereingliederung in die Rechtsgemeinschaft, im Zusammenhang stehen (so das OLG Nürnberg a. a.O.).

Das Ziel, die Allgemeinheit zu schützen, erfordert eine sichere Verwahrung gefährlicher Rechtsbrecher, diesem Erfordernis kommt in einer Anstalt wie der JVA Straubing, in der zu hohen Freiheitsstrafen verurteilte Gefangene einsitzen, besondere Bedeutung zu. Bei der Berücksichtigung der Persönlichkeit der Gefangenen (vgl. Nr. 57 Abs. 2 der DVO) muß daher auch die Kontrolle ihrer Briefe einem strengen Maßstab unterworfen werden.

Bei dem Gefangenen Heißler handelt es sich um einen intelligenten, aber ideologisch fixierten Fanatiker, der nach den Feststellungen des 1. Strafsenats des OLG München von politischem Sendungsbewußtsein erfüllt ist (vgl. Beschluß des Strafsenats des OLG München vom 27.7.72 - 1 wa 364/72 und 1 - wa 407/72-). Er fühlt sich zum Kreis einer extremistischen Gruppe zugehörig, die in der Vergangenheit eine Reihe von Terrorakten ausgeführt hat.

Heußler hatte bei seinem Zugang geäußert, es liege nicht an der Justiz, ob er seine Strafe absitze; es seien noch Leute draußen, die ihn rausholen würden. Nach Lage der Dinge mußte diese Äußerung dehin gehend verstanden werden, daß er mit einer gewaltsamen Befreiung rechne. Die Vorbereitung einer gewaltsamen Befreiung in Form brieflicher Absprachen würde bei einem intelligenten Gefangenen wie Heißler sicherlich nicht im Klartext, sondern verschlüsselt erfolgen. Verschlüsselte Anweisungen zu Ausbruchsvorbereitungen haben erst vor kurzem in der hiesigen JVA zu einem Ausbruch geführt, der nur infolge einer Reihe von glücklichen Umständen nicht mit einem Blutbad endete.

Bei der Persönlichkeit des Gefangenen Heißler bestand im Hinblick auf seine Äußerungen beim Zugang die konkrete Gefahr von Ausbruchsvorbereitungen, der die Anstalt mangels geeigneter Kontrollmöglichkeiten durch das Anhalten der Schreiben von Gesinnungsgenossen "im Kampf gegen den Klassenfeind", wie es wiederholt in den Schreiben hieß, begegnen mußte. Die Beschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung war im Hinblick darauf unerlässlich. Dem weiteren in Nr. 57 DVO genannten Ziel des Strafvollzugs, den Gefangenen zu der Einsicht zu verhelfen, daß er für begangenes Unrecht einzustehen hat, kann die hiesige Anstalt bei einem Fanatiker wie Heißler - wenn überhaupt - nur schwer erreichen. Ein Bemühen der Anstalt in dieser Richtung wäre aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn der Gefangene durch den Briefverkehr mit seinen Gesinnungsgenossen in seiner ideologischen Fixierung immer wieder bestätigt wird. Deshalb sind Briefe, die insbesondere Weise nur der gegenseitigen ideologischen Bestätigung dienen, anzuhalten; diese Notwendigkeit ergibt sich vor allem für Briefe von gesinnungsgleichen Insassen anderer Anstalten, da solche Leute wegen ihres Verhaltens in Freiheit zumindest unter dem dringenden Verdacht stehen, strafbare Handlungen begangen zu haben, die eine Zerstörung der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zum Ziel haben.

So wurden insbesondere die Briefe von Gefangenen anderer Anstalten oder solche, die an Gefangene anderer Anstalten gerichtet waren, angehalten. Ähnliches gilt für das dritte in Nr. 57 DVO genannte Ziel, nämlich für die Vorbereitung der Wiedereingliederung des Gefangenen in die Gesellschaft. Die JVA kann ihrer Verpflichtung, den Gefangenen in die bestehende Gesellschaft einzugliedern, nicht einmal im Ansatz gerecht werden, wenn der Gefangene durch Briefverkehr mit Gesinnungsgenossen seine fanatische Ideologie, die ihn zu Straftaten gebracht hat, ständig bestätigt bekommt. Selbstverständlich kann der Strafgefangene Heißler in Verfolgung dieses Ziels nicht völlig von der Außenwelt isoliert werden; das ist, wie bereits eingangs dargelegt wurde, auch nicht geschehen. Es muß sich aber aus der Zielsetzung des Strafvollzugs, deren Berücksichtigung das BvG im oben zitierten Beschluß bejaht, die Möglichkeit ergeben, besonders aktive ideologische Bestätigung mit dem Ziel späterer krimineller Aktionen zu unterbinden. Es würde sonst die Gefahr bestehen, daß der Gefangene gerade systematisch auf ein Verhalten in Freiheit vorbereitet würde, das ihm in Konflikt mit den Strafgesetzen bringen würde. Auch hier erscheint die Unterbindung des Briefverkehrs mit Gesinnungsgenossen, die in anderen Anstalten einsitzen und die unter dem Druck der ihnen auferlegten Isolation besonders extreme Ziele entwickeln, unerlässlich, zumal von solchen Leuten eine konkrete Gefahr für die Anstaltsordnung ausgeht. Denn sie sind



mit den Umständen in der Anstalt vertraut und finden daher recht rasch heraus, an welchen Punkten mit einer Störung der Anstaltsordnung anzusetzen ist. Die Kommunikation von Gefangenen der gleichen extremen ideologischen Richtung, die in verschiedenen Anstalten einsitzen, dient dem Ziel einer Solidarisierung, in der die Störung eines geordneten Ablaufs in der Anstalt in Angriff genommen werden soll. Die angehaltenen Briefe lassen erkennen, daß man sich diesem Ziel zuwenden will, wobei auch hier bei einer konkreten Planung verschlüsselte Mitteilungen zu erwarten sind. Dem Ziel einer Störung der Anstaltsordnung dient auch die Kontaktaufnahme des Gefangenen Heißler mit der Roten Hilfe, die in ihren Druckerzeugnissen eine rasche Information der in einer Knastothek aufgeführten Gefangenen über Vorfälle und Meinungsäußerungen politisch extremer Leute bezweckt; da in diesen Zeitschriften auch Aufrufe zur Arbeitsverweigerung und zum widersetzlichen Verhalten gegen die Beamten erfolgen, wurden diese Druckwerke angehalten. Denn bei Heißler besteht die Gefahr, daß er Postsendungen dieser Art anderen Gefangenen zum Zwecke der Solidarisierung weiterleitet; unkritischen Gefangenen kann damit Mut gemacht werden, sich gegen die Anstaltsordnung aufzulehnen. Nach allem halte ich das Anhalten der Schreiben, die an den Gefangenen Heißler gerichtet waren, bzw. ihm geschrieben wurden, für rechtmäßig; der Antrag des Gefangenen ist daher unbegründet.

gez. Dr. Stärk
 Die Beschwerde wurde vom OLG abgewiesen.



Rolf Heißler würde im Frühjahr 1972 wegen Bankraubs zusammen mit K. Czekei, R. Otto und K.H. Kuhn zu 8 Jahren verurteilt. Da gegen das Urteil keine Revision eingelegt wurde sitzt Rolf bereits in Straftaft.

aus Brief vom 5.1.73 von Rolf Heißler

"...klar ist unsere Perspektive keine Frage des Zeitpunkts, aber Entscheidungen aufgeschoben kann man nur dann, wenn man sich den Luxus dazu leisten kann und wenn der Klassenfeind in einen tausendjährigen Dornenschlaf versunken wäre. Leider ist das, von welcher Seite aus betrachtet auch immer, nicht der Fall. Die Herrschenden verfeinern ihre Repressionsmethoden, der militärische Unterdrückungsapparat wird ständig aufgerüstet, die Massenmedien werden gleichgeschaltet. Die Bedingungen des Kampfes werden nicht dadurch einfacher, daß man auf die nächsten Jahre wartet. Wohl ein Rückfall in biblisches; nach sieben mageren Jahren kommen sieben fette Jahre. Das warten auf die fetten Jahre läßt einen aber selbst verfetten und vergreisen. Gäbe es keine an die hundert politischen Gefangenen, gäbe es keine RAF oder zumindest Heste davon, könnte ich dies warten ja noch akzeptieren, wenn es dazu ausgenutzt würde, das bisherige Konzept kritisch zu überdenken und aus den Fehlern der Vergangenheit praktische Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Leider gibt es aber sowohl die politischen Gefangenen als auch die (Reste der) RAF. Leider für alle diejenigen, für die es das Fürchterlichste wäre, ihren fetten Arsch von der Matratze hochzuheben und die Matratze mit dem Kampf in den Metropolen zu vertauschen. Es besteht Handlungszwang, nicht allein deshalb, weil vereinzelte Genossen im Knast kaputtgehen (sind es Vereinzelte?), weil die Keder der SG wieder aufgefüllt werden müssen, sondern auch deswegen, um den isoliert agierenden Genossen in Betrieben, Schulen, Universitäten, Stadtteilen die Möglichkeit einer Praxis vor Augen zu führen, die nicht mehr von Ohnmacht und Hilflosigkeit geprägt ist, sondern die gekennzeichnet ist von möglichen und erfolgreichen Schlägen gegen das System, um den verschiedensten Sektoren aller Couleur eine langfristige Perspektive zu zeichnen, um dem Proletariat einen Weg aufzuzeigen, der sie aus ihrer Ohnmacht und Abhängigkeit befreit. Wenn nach den Rückschlägen im Juni und nach der sich daraufhin breit machenden Resignation bei der "Sympathisantenszene" nicht exemplarisch in einer Aktion der Beweis geführt wird, daß eine SG jede Institution des Klassenfeinds erfolgreich angreifen kann, daß Aktionen trotz der Gegenpropaganda der bürgerlichen Presse durchgeführt werden können, dann ist es wahrhaftig so, daß man die Phase 70/71/72 ad akta legen kann, daß dieses Kapitel abgeschlossen ist, daß es keine Fortsetzung der bisherigen Praxis, sondern nur einen Neubeginn irgendwann mal geben kann. Es kann nicht mehr um den Aufbau einer SG gehen, sondern es kann nur darum gehen, die bestehende SG praktisch zu unterstützen, Sinn

und Zweck einer SG zu vermitteln und sich selbst als Teil dieser SG zu verstehen, das heißt, jeder, der effektive politische Arbeit macht, ist ein Partisan in diesem System, ist ein Fisch, der noch nach dem Wasser sucht. SG beinhaltet doch nicht allein Bakunins "propaganda durch die Tat", der sog. "Marsch durch die Institutionen" ist doch kein Widerspruch zu einer SG, sondern beides zusammen ermöglicht doch erst, eine Massenbasis zu schaffen, von der aus das System ernsthaft ins Wanken gebracht werden kann. Wer das begreift, der muß auch begreifen, daß es Prioritäten zu setzen gilt. Und ich begreife nicht, daß das nicht oder allerhöchstens abstrakt und theoretisch begriffen wird. Deine Gleichung, daß es Fisch, die ihr draußen seid, genauso beschissen oder glänzend geht, wie uns, da wir gemeinsam den Repressionen des Systems ausgesetzt sind, stimmt halt nur mehr als bedingt. Nicht einmal meine Situation ist mit der anderer zu vergleichen, die total isoliert, ohne Kontakt zur Umwelt in einem geräuschlosen Vakuum, das allein durch das Klappern der Schlüssel unterbrochen wird, hocken, deren Kontakt durch Briefe oder auch Besuche noch mehr eingeschränkt ist. Die Erfahrung muß man gemacht haben, um zu wissen, daß der Unterschied zwischen Repression draußen und Repression drinnen ein gewaltiger ist. In einem Neuz-Kommentar zum Mahlerprozess stand im "Spiegel" ein ganz gutes Zitat von Oscar Wilde (der zu der Zeit im Knast saß), was das vielleicht ein wenig verdeutlicht: "Das Gefängnisleben zeigt einem Menschen und Dinge so wie sie tatsächlich sind. Deshalb verwandelt es einen in Stein. Die Menschen draußen verfallen der Illu-

Manch' einer fährt Mercedes - wohl wegen des Geldes.



Fortsetzung

★ Marginalien zum vorliegenden Diskussionsbeitrag zum Begriff Klassenjustiz S. 2 ★

1. "Aufgrund der veränderten historischen Situation halten wir es für notwendig, den Begriff Klassenjustiz neu zu fassen."

Wenn einerseits von der Bestimmung des rechtlichen Überbaus durch die Produktionsverhältnisse ausgegangen wird - diese Produktionsverhältnisse waren auch zu Zeiten Karl Liebknechts solche einer warenproduzierenden bzw. -tauschenden Gesellschaft - andererseits jedoch von veränderten historischen Gegebenheiten, die eine Neufassung des Begriffs Klassenjustiz notwendig erscheinen lassen, gesprochen wird, so stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit sich die Produktionsverhältnisse dergestalt verändert haben, daß dadurch wie oben behauptet eine Neufassung erheischt würde.

2. "Der Staat vertritt scheinbar die Interessen jedes Bürgers, ..." Das allgemeine Interesse (die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen) ist die Befriedigung der gegensätzlichen Einzelinteressen (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie S. 156). Dieses Interesse der Privaten ist sowohl dem Inhalt nach als auch in Form und Mittel der Verwirklichung durch von allen unabhängige gesellschaftliche Bedingungen gegeben. (Marx S. 74) Diese Bedingungen sind solche der Konkurrenz - Konkurrenz sowohl der Kapitalisten als auch der Lohnarbeiter untereinander. Die Wahrnehmung dieser Konkurrenzinteressen schafft die Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion, indem sich die Individuen als zum Warentausch fähige reproduzieren; da es jedoch der Konkurrenz widersprechen würde, wenn die Konkurrenten auch noch die Spielregeln der Konkurrenz überwachen müßten, das Tauschverhältnis als solches also nicht die Reproduktion der Individuen als warentauschende gewährleisten, konstituiert sich der Staat als von der Gesellschaft abgesonderte Sphäre, wobei seine Funktion darin besteht, vermittels Gewährleistung von Eigentum, Unverletzlichkeit der Person usw. die notwendigen Bedingungen für die Reproduktion des warentauschenden Individuums zu schaffen. Indem er so verfährt, vertritt der Staat nicht nur scheinbar die Interessen jedes Bürgers, sondern unter den Bedingungen einer warentauschenden Gesellschaft **wirklich**, in der das Individuum A seine Bedürfnisse dadurch befriedigt, daß es mit der Ware A dem Bedürfnis des Individuums B, dieses dem Bedürfnis des Individuums A mit der Ware B dient. Jedes dient dem anderen, um sich selbst zu dienen, jedes bedient sich des anderen wechselseitig als seines Mittels (Marx S. 155).

3. "Freiheit kann unter kapitalistischen Bedingungen aber nichts anderes heißen..." Freiheit unter kapitalistischen Bedingungen besteht darin, daß Käufer und Verkäufer einer Ware nur durch ihren freien Willen bestimmt sind, wobei der Verkäufer der Ware Arbeitskraft außerdem dadurch bestimmt ist, daß er andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig ist, frei ist von

allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen (Marx, MEW 23, S. 133). Ungleich das Individuum A Bedürfnis fühlt nach der Ware des Individuums B, bemächtigt es sich derselben nicht mit Gewalt, noch umgekehrt, sondern sie erkennen sich wechselseitig an als Eigentümer, als Personen, deren Wille ihre Waren durchdringt.

4. "Die Anwendung bürgerlichen Rechts kann nicht gleichgesetzt werden mit Klassenjustiz. Solange... "Gerede wenn man, was allerdings in dieser Form nicht richtig ist (s.o. 2.), das bestehende Recht als das Recht der Herrschenden denunziert, ist es nicht einzusehen, warum dann, wenn die Arbeiterklasse den Klassencharakter des bürgerlichen Rechts durchschaut hat, bewußt als Klasse gegen bürgerliche Rechtsnormen auftritt, die Justiz die Plattform des "gemeinsamen Rechtsverständnisses verlassen muß. Die Bourgeois geben ja dem Staat so viel Macht, als zu ihrer eigenen Sicherheit und der Konkurrenz nötig ist (Marx-Engels MEW 3, S. 339). Und der Ausdruck dieses durch ihre gemeinsamen Interessen bedingten Willens ist das Gesetz (a.a.U. S. 311).

Insofern die Produktionsweise und die Verkehrsform die Staatsmacht schaffen, hängt es ebensowenig von dem Willen der beherrschten Klassen ab, ob Gesetz und Staat bestehen. Z.B. solange die Produktivkräfte noch nicht so weit entwickelt sind, um die Konkurrenz überflüssig zu machen, und deshalb die Konkurrenz immer wieder hervorrufen würden, solange würden die beherrschten Klassen das Unmögliche wollen, wenn sie den "Willen" hätten, die Konkurrenz und mit ihr Staat und Gesetz abzuschaffen (a.a.U. S. 312).

5. "Klassenjustiz tritt vielmehr dann auf, wenn ..." Daraus könnte man folgern, die Justiz wäre nur dann gezwungen, das bestehende bürgerliche Recht zu verteidigen, wenn die Arbeiterklasse in Erkenntnis ihrer objektiven Klassenlage handelt.

6. "Die Reaktion von Justiz und Staat..." Einen qualitativen Unterschied zwischen der Reaktion auf politische und der auf "gewöhnliche" Kriminalität gibt es nicht. Sicher stellt z.B. die bewußte Zerstörung von Eigentum, im Gegensatz zum willkürlichen Eingriff in den Tauschakt (Aneignung von bereits angeeignetem Eigentum, setzt zum willkürlichen Eingriff in den Tauschakt, einen unmittelbaren Angriff auf die bestehende Gesellschaftsordnung dar, jedoch muß der Staat auch bei gewöhnlichen Straftaten handeln, um die Verkehrsform aufrechtzuerhalten, denn langfristig würden auch solche Verhaltensweisen, obwohl sie die Institution des Privateigentums affirmieren, eine auf der freiwilligen Transaktion im Tausch beruhende Produktionsweise in Frage stellen.

Fortsetzung des Red Heißler Briefes



sion eines in ständiger Bewegung befindlichen Lebens. Sie drehen sich mit dem Leben im Kreise und tragen zu seiner Unwirklichkeit bei. Wir, die Unbeweglichen, sehen und wissen." Ob es tatsächlich so ist, daß wir sehen und wissen, und ob es nicht eher so ist, daß man mit der Zeit den Realitätsbezug verliert, sei einmal hintangestellt. Aber das sich-mit-dem-Leben-im-Kreise-drehen erscheint mir als der wesentliche Punkt. Geht es einem draußen schlecht, dann kann man drei Schlaftabletten schlucken (zum Schlafen, um Mißverständnissen vorzubeugen), kann man ins Kino gehen, kann man Musik hören oder auch einen Joint drehen, kann man einen Genossen oder eine Genossin anrufen, mit anderen reden, kann man in einer Gruppe seine Situation analysieren, kann man sich auseinandersetzen, kann man zärtlich sein, kann man Urack ertränken und verdrängen oder man kann ihn aufarbeiten. Die Möglichkeit, sich der Depression zu entziehen, ist da, Lösungen können gesucht und gefunden werden, da die Depression draußen meist nicht

konkret erfahren wird, sondern man sich mit ihrer Existenz eher arrangiert. Depression als Beischlaf des Lebens. Hier drinnen ist die Situation ganz einfach so, daß du dich mit dem Terror gegen uns entweder arrangieren und vor die Hunde gehen kannst oder aber ihn jeden Tag aufs neue konkret erfährst, sei es in Form des täglichen Weckens, des arbeitsmühsens (nach Akkord), der Briefzensur oder des eingeschlossenseins in einem Loch von 2x4 Metern. Du bist hoffnungslos auf dich selbst zurückgeworfen, du mußt deine Probleme selbst lösen, du hast keine soziale Umwelt, in der man leben könnte, die einem das Atmen trotz Depression von oben ermöglicht. Natürlich gibt es Mitleid und man könnte denken, daß die Depression eine gemeinsam empfundene ist, daß die Probleme identisch ist. Man könnte es denken, aber dem ist halt nicht so, noch spezifisch durch die Auswahl bedingt, die ins "Schwerverbrecher-El-Dorado" Straubing kommt, in anderen Knästen ist und mag es anders sein. Das Einzige, was auf der Tagesordnung steht, ist, daß man ihnen zu helfen versucht, daß sie ihre eigene Situation einigermaßen in den Griff bekommen, daß sie ihre "Tat" im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen lernen, daß man sie von ihrer Resignation ein wenig befreit, ihnen Mut macht, daß man das Gefühl von ihrer eigenen Minderwertigkeit abbaut, daß man ihnen ein wenig vorlebt, daß nicht jeder sich selbst der nächste zu sein braucht, sondern daß uns nur Zusammenhalt und Solidarität ein Leben ermöglicht. Da bleibt nicht viel, daß man eigene Probleme erörtert. Man stößt statt dessen an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten, zum einen, weil die Grenzen von oben so eng gesteckt sind, zum anderen auch, weil ich einfach nicht genug wissen auf psychologischen Gebiet besitze. Die "Türle" davon ist, daß man sich, um nicht daran kaputtgehen zu müssen, daß man systematisch verfolgen muß, wie Menschen von Tag zu Tag mehr sich aufgeben, über Verbänden schließlich ganz verrückt werden, ohne daß man auch nur einen Zipfel Chance hätte, das zu verhindern, immer mehr zurückzieht, daß man sich abkapselt und möglichst wenig an sich heranläßt. "Deshalb verwandelt es einen in Stein." Notgedrungen schon, weil man sonst das menschliche Leiden um

einen nicht ertragen könnte. Du, ich bin nicht resigniert, sondern sehe vor mir eine Sisyphosarbeit, die einen schon ab und an verzweifeln läßt. Pionierarbeit, ohne vorhandenes Papier und ohne die Möglichkeit, gemeinsam (mit wem) ein Konzept zu erarbeiten. Du, drinnen und draußen, wird Zeit, daß du mal ein wenig Knastluft schnupperst (aber in der Gefahr schwebst du ja zur Zeit nicht), dann würdest du feststellen, daß es dir, so beschissen es dir auch draußen gehen mag, immer noch besser geht, als wenn es dir drinnen hervorragend und glänzend geht. Du hast recht, individuell können wir den Terror nicht brechen, aber mehrere Individuen, die sich mit einer politischen Zielrichtung zusammengeschlossen haben, sind schon keine Individuen mehr, sondern bereits eine Gruppe, die erst die Gewähr für die Aufhebung der Isolierung jaggt einzelnen bietet und die im Vergleich dazu bereits ein Fortschritt ist. Wenn eine Gruppe zudem begreift, daß auch sie als Gruppe immer erg ohnmächtig ist und nicht in den Größenwahn und Führungsansprüche als la verschiedener Sektoren verfällt erst dann ist die Gewähr dafür vorhanden, daß es zu einer Einheitsfront kommt. Nicht die Genossen der RAF verhindern das, nein, ihre Art der Praxis ist auf eine Einheitsfront hin angelegt, sondern diejenigen, die sich in den annalen der revolutionären Bewegung einen Platz verschaffen wollen, und dabei gar nicht begreifen, daß sie längst von der Entwicklung ad akta gelagt wurden und ihr Beispiel höchstens von späteren Generationen hervorgekramt wird, um ihnen zu verdeutlichen, wie es nicht gemacht werden darf, daß eine Klassenbasis sich nicht durch die "beste" Organisationsform und "richtige Linie" gefunden wird, sondern daß sich die Revolutionäre an den Bedürfnissen der Massen zu orientieren haben.

7.1.- Nur zur Information, der Brief besteht aus zwei Seiten, der ersten und der zweiten, die ich jetzt anfangen. Die Handlung der Zensur hier ist wahrhaft verwirrend und schafft auch deshalb so viel Aggressionen, weil die Kriterien, nach denen zensiert und beanstandet wird, so völlig im dunkeln liegen. In U-Haft konnte man sich wirklich darauf einstellen, manches war halt unerwünscht, dann hat man halt nichts mehr darüber geschrieben und seine Wortwahl ein wenig differenziert. Aber hier, das ist ein einziger Witz; denn der Inhalt der Briefe wird nicht zensiert, das ist klar, denn wenn Briefe gleichen Inhalts an meine Eltern und an einen Genossen schreibe, kommt es durchaus vor, daß der Genossenbrief beanstandet wird, während der Brief an meine Eltern, wie immer durchgeht. Aber selbst wenn man davon ausgeht, daß der Kontakt verschiedener Personen mit mir verhindert werden soll, ergibt sich immer noch keine klare Linie. Denn bei manchen ist es wirklich so, daß nur jeder zweite Brief beanstandet wird, und das gilt auch für die Kommunikation mit anderen. Nach dem Prinzip des Zuckerbrots und Peitsche versuchen sie, das zumindest ist die Auswirkung, die Kommunikation auf einen möglichst geringen Kreis von Personen zu beschränken, das ist die Verwandtschaft, das bist du, aber auch nur, weil du dich dahintergeklemmt hast und nicht locker gelassen hast. Mensch, das ist doch schon ein ganz ermutigendes Zeichen ...

Auszüge aus d. Brief vom 11.2. 73 von Red Heißler

... von dem Anwaltsgespräch hatte ich den Eindruck, daß er die Vereinzelung draußen genauso wie du empfindest. Initiativen finden nicht statt, politische Gruppen, die die Knastproblematik aufgriffen existieren nicht, die Rote Hilfe ist tot, Schwierigkeiten mit der eigenen ökonomischen Situation, mangelnde Koordinierung mit anderen Anwälten, daraus resultierendes Informationsdefizit. Kurzum: Eigene Aktivitäten finden nur im Rahmen persönlicher Beziehungen statt und sind nicht in eine politische Gruppierung integriert. Zudem verlagert sich die Thematik immer mehr weg von RAF-Geschichten und hin auf Betriebskonflikte, sprich: Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung usw., Mietprobleme, Bürgerinitiativen. Dazu kommt, daß eine Auseinandersetzung über die RAF-Problematik nicht stattgefunden hat, teils von Personen, die darin einen Angriff auf sich selbst sehen, abgeblockt wurden, teils die Auseinandersetzung als nicht wichtig empfunden und die RAF mit "spontanistisch" abgetan wird. Das wars wohl so etwa. Konkret in dem Sinne, daß irgendwas herausgekommen wäre, ist natürlich nichts passiert, eher war es ein subjektiver Bericht, wie er die Situation draußen einschätzt. Und in weiten Punkten stimme ich auch mit ihm überein, daß es mit den Anwälten nicht so funktioniert wie es notwendig wäre, ist nicht das Problem dieser Anwälte allein, sondern ist Ausdruck der gesamten chaotischen Situation der Linken draußen. Direkt über Sachen, die gemacht werden müssen, haben wir kaum gesprochen, da er es eilig hatte. Ich könnte ja mal ein Paper mit meinen Vorstellungen machen, meinte er. Aber angesichts der Energieleistung, die mir das kosten würde, und der Konzentrationsschwierigkeiten, die der Knast mit sich bringt, habe ich nur wenig Lust, zum Konsumgenuß der Genossen beizutragen. Ich erinnere mich noch mit Schrecken an meine Prozeßkritik, auf die ich niemals eine Reaktion erfahren habe. Und das ist mir einfach zu frustrierend. Die Schwierigkeiten der Linken mit der RAF scheint mir größtenteils darin zu liegen, daß Legalität und Illegalität nicht dialektisch begriffen werden. Einen Großteil Schuld daran haben auch die Genossen der RAF, die den Antagonismus zwischen Basisarbeit und bewaffnetem Kampf proklamieren. Gerade das ist jedoch Schwachsinn. Auch scheinen mir die exemplarischen Angriffe auf Filialen des Imperialismus und auf Polizei und Justiz zu abstrakt, als daß es langfristig irgendjemand außer denen, die die Zusammenhänge eh schon begriffen haben, durchschauen würde. Man wird bei den Bedürfnissen der Massen anzusetzen haben, d.h. soll ein Jugendzentrum geschlossen werden, so muß man schon von vorneherein sich darauf einrichten, daß man dieses, so weit wie möglich, verhindert bzw. die dafür Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden; soll ein Haus abgerissen werden, so muß man Wege und Mittel finden, dies zu verhindern, durch Besetzen, durch Agitation usw. Mir fällt da unheimlich viel ein, was ich aber besser nicht schreibe, wir müssen uns als Partisanen im System nicht nur verstehen, sondern uns auch auf die Aufgaben, die ein Partisanendasein mit sich bringt, vorbereiten. Diejenigen, die nicht auf einem sektiererischen oder stalinistischen Holzweg sind, werden das ziemlich schnell kapieren und auch dazu bereit sein, eher zumindest, als wenn sie sich abstrakt mit dem antimperialistischen Kampf auseinandersetzen. Weißt du, mir geht es darum, daß alle diejenigen, von denen man hört, nicht jetzt, aber, wenn usw., endlich mal kapieren, daß revolutionäre Praxis auch Militanz mit einschließt und daß von der Einsicht her die Einsicht in die Notwendigkeit einer GG nicht mehr weit entfernt ist, daß man zumindest kapieren, daß Solidarität mit der RAF und den politischen Gefangenen im ureigensten Interesse liegt. "Der Angriff der politischen Justiz muß gebrochen werden. Nur wenn wir unsere Solidarität mit den Genossen der RAF demonstrieren, werden sich die Richter wieder ihrer eigenen Gesetze erinnern müssen. Nur wenn wir uns frei und solidarisch verhalten, ohne taktische Zweideutigkeit uns gegen die Klassenjustiz stellen, werden wir den politischen Sinn des Terrorurteils, abzuschrecken und einzuschüchtern, vernichten. Erst dann wird die Öffentlichkeit über ein nachträgliches Lamentieren hinausgehen und gegen die politische Justiz politische Stellung beziehen. Die RAF fordert nicht, stellvertretend für die Genossen der RAF, ein besonderes Verhältnis der Linken zur RAF. Wenn wir hier Solidarität fordern, sprechen wir nicht im Interesse der RAF, sondern im Interesse der Linken selber. Der Kampf gegen die Klassenjustiz und gegen den Staatsapparat ist nur dann keine Phrase, wenn es der Linken wieder gelingt, eine Aktionseinheit zu entwickeln. Diejenigen, die die Solidarität mit den Genossen der RAF aufgegeben hatten, weil sie deren politische Praxis nicht unterstützen wollten, haben sie sich zugleich gegen den gemeinsamen Kampf der Linken gewandt. Es waren zugleich diejenigen, die zwar den Klassenkampf von oben beschworen, aber nichts taten, um den gemeinsamen Widerstand zu organisieren." Und genau darum geht es. Die Differenzen nicht verdrängen, aber versuchen, eine Aktionseinheit aller linken Gruppen herzustellen. Eine Aktionseinheit nach links, d.h. mit der RAF, keine Aktionseinheit nach rechts, d.h. Jusos, Gewerkschaften, DKP.

Wenn ich regelmäßig in den Zeitungen die Meldungen über die Genossen, die sich seit Tagen und Wochen in Hungerstreik befinden und teilweise künstlich ernährt werden, verfolge, dann gerate ich immer in Zwiespalt, ob ich der Solidarität mit den anderen Genossen, ohne Rücksicht auf meine eigene, andere Situation, nachgebe oder ob ich dem politischen Kalkül Rechnung trage, der Zwiespalt zwischen Emotionalität und Rationalität. Nun, aufgeschoben, ist nicht aufgehoben, und es wird noch früh genug der Zeitpunkt kommen, an dem man sich dem Terror der Anstalt so weit möglich widersetzen muß, will man nicht von dem Terror dieses Zuchthausystems gebrochen werden. Meine Toleranzgrenze ist nicht mehr sehr groß und bei der nächsten Terrorentscheidung der Anstalt kann das Wasser im Eimer schon überschwappen, und schweiß dann auf Öffentlichkeit, dann geht es mehr um den eigenen Selbst-erhaltungstrieb, um das sich weigern, dieses Scheißspiel weiter mitzuspielen. Teilweise ist es ein echter Film, ein unwirklicher Film, das heißt es erscheint einem wie ein Film und dabei ist es nackte, brutale Realität. Hast du schon mal gesehen, wie jemand aussieht, der 26 Jahre im Knast gehockt hat, zu einem Zeitpunkt schon, an dem du, an dem ich noch nicht einmal auf der Welt waren ..."

Ein Rauch-Haus ist zu wenig

Im September 1972 bildete sich im Drogenstore in der Potsdamer Straße eine Gruppe mit dem Ziel, Räume zu finden, wo Treibgänger und ehemalige Knastleute und andere Jugendliche, die es zu Hause nicht mehr aushalten, zusammen Wohngemeinschaften aufbauen wollten. Nachdem mehrere Versuche an Räume zu kommen gescheitert waren, wurde uns das Haus in der Wilhelmstraße 9, das dem Bezirksamt Kreuzberg gehört, von einem Senatstypen angeboten. Nach den Vorstellungen des Senats sollten in das Haus drei Gruppen einziehen: Die Heimerzieherfortbildung in die beiden unteren Etagen, das "Drogen-Info" in die oberen und wir in die zweite.

In einem Kontaktgespräch beschlussenen wir (die Wohngruppe und das Drogen-Info) nicht zusammen in ein Haus zu ziehen, da wir die Garantie geben sollten, daß überhaupt keine Drogen und kein Alkohol ins Haus kämen. DESHALB FORDERN WIR FÜR JEDE GRUPPE EIN HAUS!

Aus folgenden Gründen war für uns gerade ein Haus in Kreuzberg wichtig: Wir gehen davon aus, daß der größte Teil der sogenannten Treiber und Knastologen aus sozial niedrig gestellten Bevölkerungsschichten stammt. Um sich selbst aus der Misere zu befreien, ist der erste Schritt, daß die Jugendlichen aus der beschissenen Situation herauskommen und in Wohngemeinschaften zusammenleben die für sie eine Alternative zur Heimerziehung darstellen. Um wirklich gegen die Scheiße anzugehen, ist es nötig, zusammen zu leben und zu lernen und in dem Bereich, in dem sie aufgewachsen sind, zusammen zu kämpfen. -Diesen Schritt und die konkrete Arbeit haben bereits die Jugendlichen vom Georg-v.-Rauch-Haus unternommen. Dort wurde in Aktionen, wie Kinderfest Mariannenplatz, Spielstraße, SV3-Kampagne, Müsteris-erhöhung wichtige Kontakte zur Kreuzberger Bevölkerung geknüpft. Jense politische Aktivität unter dem Prinzip der Selbstorganisation wird den Kontrolleuren zu gefährlich. Den Genossen vom Rauch-Haus wurde ein Nutzungsvertrag mit Kontrollparagrafen vorgelegt. Aus politischen Gründen wollen sie diesen nun mit einigen Änderungen doch unterschreiben, um die Möglichkeit zu haben, die Arbeit im Stadtteil gemeinsam und zusammen mit anderen Gruppen fortzusetzen. Als wir offen unsere Solidarität mit dem Rauch-Haus gezeigt hatten, ließ der Senat nichts mehr von sich hören und hielt uns über sechs Wochen hin. Währenddessen führten Senat und Kreuzberg jedoch mit dem Drogen-Info die Verhandlungen weiter. Die Gruppe hatte ein senatsfreundliches unpolitisches Konzept vorgeschoben, weil sie es für zu gefährlich hielt, ihr politisches Ziel offenzulegen. -Mit uns aber hat niemand verhandelt. - Uns wurde gesagt:

"DAS GEORG-V.-RAUCH-HAUS KOSTET SCHON GENUG BEAMTE! KREUZBERG HAT VON ALLEM WAS SELBSTORGANISATION HIECHT, ENTGÜLTIG DIE SCHNAUZE VOLL."

Auf das Drogen-Info, das sich mit Release II zusammengetan hatte, sind sie eingestiegen. "DIE WEHDEN WUHL SU MIT IHREH SUCHT BESCHAFTIGT SEIN, DASS SIE KEINE UNRUHE INS HAUS BRINGEN." Um aber nicht wieder ganz so offen gegenüber den Kontrolleuren zu gefährlich. Den Genossen vom Rauch-Haus wurde ein Trick aus: Der Berliner Jugendclub, "ein gestandener Verein", sollte als neutrale Instanz neutriator werden. Ihm wurde ein Mietvertrag vorgelegt, der schon die wichtigsten Kontrollparagrafen enthält. Dieser wurde auch unterzeichnet. Es war klar, daß von da an das Haus für uns nicht mehr über Verhandlungswege zu bekommen war, den MIT IHREH KUNTHULLE KÜNNEN SIE UNS NICHT HELFEN!

Deshalb überlegten wir zusammen mit mehreren im Stadtteil arbeitenden Gruppen, was zu tun sei. Die einzige Möglichkeit, die wir sehen, um an das zu kommen, was uns sowieso gehört, war: **B E S E T Z U N G!** Davon haben die Bullen aber Wind gekriegt und das Haus zuerst besetzt. Sie bleiben dann mehrere Tage drin. Zwei Tage vorher haben wir unsere Aktion abgeblasen, weil mehrere zu große Schwierigkeiten (Lage des Hauses) und vor allem einen zu harten Bulleneinsatz befürchteten.

Am 5. Januar Abends trafen sich trotzdem 50 Jugendliche am Haus, um mit dem Drogen-Info und dem Berliner Jugendclub ein Gespräch zu führen.

Nachdem etwa eine halbe Stunde im Haus diskutiert wurde, forderte uns Schallert (Vertreter des Berliner Jugendclubs) auf, das Haus sofort zu verlassen. Inzwischen waren die Bullen mit mehr als 5 Mann und ein Feldküche angerückt. Als wir noch kurz einen Termin fürs nächste Treffen ausmachen wollten, waren plötzlich mehr Schutzhelme und Schlagstöcke im Raum als Jugendliche. Die Bullen trieben uns aus dem Haus. Da endlich fiel auch beim Drogen-Info der Groschen, jetzt wollten sie auch nicht mehr den Vertrag mit dem Berliner Jugendclub unterschreiben und ihre Arbeit unter Polizeischutz aufnehmen.

Das Gespräch an diesem Abend wurde zunächst in der Presse als Hausbesetzung dargestellt, später aber be-richtigt.

Das Bezirksamt Kreuzberg bemüht sich krampfhaft, einen neuen Mieter zu finden, der sich kontrollieren läßt. Ein Erziehungsheim wäre denen wohl angenehm. Dann wird auch der Berliner Jugendclub als Träger überflüssig.

SO SCHNELL LASSEN WIR UNS NICHT UNTERKRIEGEN! - WIR BRAUCHEN HÄUSER UND WOHNUMGEN, IN DENEN WIR UNSER LEBEN SELBST ORGANISIEREN KÜNNEN, DENN



SCHAFFT RAUCH-HÄUSER

ZWEI DREI VIELE

Brief aus dem Knast: Zur Diskussion

Das Beispiel ist also Astrid geworden. Für Astrid muß man Freiheit fordern. Das ist Sache der Roten Hilfen. Vielmehr, das muß Sache der Roten Hilfen werden. Wie die Chose aber sicher läuft, RAF gegen diesen Staat, und Rote Hilfe für den Rechtsstaat in diesem Staat, kommt sie nicht vom Fleck. Die Dokumentation dokumentiert das. Klar ist doch wohl, daß es nicht der Rechtsstaat ist, der die Roten Hilfen und die roten Anwälte schützen wird, sondern die Straße.

Wenn. Vorausgesetzt, daß. Davon gleich mehr. Sicher sind's nicht eure Ärsche, die faul sind, gewiß arbeitet ihr sehr viel, die Dokumentation zeigt auch das. Sicher ist es euer Bewußtsein, das faul ist, von euren Ärschen nicht so belehrt wie man das mit Marx eigentlich annehmen könnte. Aber klar, die Fäulnis der Gesellschaft reicht tief.

'ne Sprechblase, DIN A 2 groß, etwa "lieber einen Richter umlegen als ein Richter sein" habe ich in der Dokumentation umsonst gesucht, einfach nicht drin. Wie, verflucht, sollen es aber mehr werden, viele ungeheuer viele, wenn die Spitze eures Bewußtseins immer noch VOR ALLEM das Sein der bürgerlichen Anwälte und das sozialistische Bewußtsein derselben abklatscht und verteidigt? Von der Zulassung der Rechtsanwälte hängt weder die Entfaltung des Widerstands noch die Entfaltung des bewaffneten Kampfes ab, sondern schon eher von der Ausschließung der Rechtsanwälte. Logisch, daß man auf die Zulassung auch sehr aus sein muß. Man muß.

Man muß 'ne Arbeitsteilung machen; sofort, dringend; planen, organisieren, machen. Eine Rote Hilfe, die die Rede der bürgerlich-liberalen Front ortet, sammelt, aufbaut. Ihr Bier ist: die Öffentlichkeit, die sogenannte, also das Menschenexperiment, die Übergriffe, die Auswüchse. Die Roten Anwälte sind dazu unentbehrlich, ohne ihre gebüdelten und sortierten Informationen geht es nicht. Ein Bürger. Eine Nachrichtengentur, Amnesty International aufklären. Und was man davon hat ist klar

den Schutz, den sie und wir immer nötiger werden. Zitzlaff und solche müssen diese Rote Hilfe aufbauen, Gollwitzer an die Spitze zwingen etc.

Die ändern aber, jene Rote Hilfe, Typen wie R., C., usw., die müssen bringen, was mal mehr Spaß macht, Plakate, Teach-ins etc... Wann dabei paar erwischt werden, oder gar wegen teach-in verhaftet, vom Rand der Legalität vorübergehend entfernt bzw. verschluckt - was ist das? Das ist gut und nicht schlecht. Oder WAS IST LOG? Die Diskussion über Notwendigkeit und das RECHT des (bewaffneten) Kampfes noch nicht abgeschlossen? Die sehr aktuelle, seit 2 Jahren aktuelle, immer aktueller werdende Frage der Legalität/illegalität noch nicht ausdiskutiert? Oder wie oder was. Ihr versteht: Auf die Lobbetrachtungen der klagenden Natur können wir nur scheißen. Wie wir drin ja, um das mal klar zu sagen, uns nur darüber wundern können, daß wir nicht abgespritzt werden. Sonst über nichts. Es handelt sich nun mal drum, daß IHR vorwärts kommt, drum ist das. Wir doch geschenkt, grinsend, auf einer Backe.

Es handelt sich also drum, daß wir MEHR werden. Wenn wir mehr werden, dann doch nicht, weil wir die Revisionisten bekehrt hätten. So läuft aber eure Argumentation immer noch. Als ob man Revisionisten bekehren könnte. Man bekämpft sie. Man MACHT, daß ihnen die Basis entläuft. Die entläuft ihnen aber erst, wenn wir mehr SIND (einige historische Erfahrungen, einiges über das Wesen des Revisionismus). Die Frage ist, wo sie stecken und worin sie stecken, wo sie rumhängen und wie sie drinhängen: diejenigen, die nicht am Schreibtisch auf den Schultern der Straßen warten, sondern auf der Straße SIND. Weiß der Teufel, wenn ihr das nicht wißt, oder nicht rausholt.

"Das Leben bewaffnen - gegen den Tod im Topf" einige 1000 in jeder großen Stadt, die nichts zu verlieren haben als den Dreck aus Profit / Macht / Gewalt. Verschanzt euch nicht hinter uns. Und, ich bitte euch, Schweine seid ihr, wenn ihr eure

Ängste uns unterschleibt, auch darauf fettmacht, auf uns! um damit zu begründen warum ihr nicht wirklich in Fahrt kommt, oder sogar, warum man so schwer in Fahrt kommt, "man". Die Revolution ist aber ein Moment des revolutionären Prozesses, sonst ist sie nichts, buchstäblich nichts. Die äußeren und die inneren Ursachen, kann ich da nur sagen.

Wie der Sozialdemokrat Posser über uns sagt: "Wir bezucken eine Aufputschung"-so ist es. Und die "psychosoziale Reizschwelle, die besonders niedrige" (aus demselben Artikel, SZ 22.12.72, S.3): die ist tatsächlich wichtig.

Sie zwingt dich, Genosse, entweder zur Buchführung über den Angsthaushalt, oder sie wird eine Waffe. Wie man das ja hofft: "Die Bundesrepublik ist ein Wohlfahrtsstaat ... trotzdem hat es nie so viel Unbehagen und Mißtrauen am Arbeitsplatz gegeben wie heute... die spezifischen Ursachen, die sogar bei Gesunden zu Überlastungsschäden führen können (sind) die Mechanisierung, die Rationalisierung und die Automation am Arbeitsplatz..." FR, 22.12.72, S.19).

Ich bin noch nicht fertig: Die Dokumentation zeigt in erster Linie die Verwirrung und daß IHR unter der Beweislast fast zusammenbrecht. Fragt euch selbst wieso. Schon weil niemand für euch, an eurer Stelle, die Antwort geben kann. Mir geht's um diese drei Punkte:

1. Daß die RAF-Typen alle Tassen, und was für schöne, im Schrank haben - das könnt ihr uns überlassen. Auf was wir scheißen und auf was wir spucken, steht z.T. in ein paar RAF-Papieren. Wir haben nix zu beweisen - sondern zum Ausdruck zu bringen; den 24-Stunden-Tag auf den Begriff HASS zu bringen.
2. "Öffentlichkeit" heißt zweierlei, wie gesagt. Die liberale ist natürlich wichtig, aber sie KANN gar nicht so wichtig werden (aus X bekannten Gründen), wie ihr immer noch hofft. Wenn ihr dazu sagt "um Euretwillen" ist das die Lüge, die wir bekämpfen, in uns, in euch, in allen. Denn wehr ist "um Euretwillen".
3. Der politische Prozess findet auf der Straße statt. Der Kampf, den die RAF begon-

nen hat, IST attraktiv, und die Konstellation "RAF sitzt" und 'ne ganze Menge draußen, die wissen WARUM.

Kampf und Knast muß jedem Strategen günstige Aspekte zeigen. Das ist das Eine. Das Andere ist, daß ihr in eurer Verwirrung gar nicht bemerkt, den Zynismus bzw. die Dummheit so 'ner Pinselei wie an Irene/ Ingrid/ Horst (auf einer der RH-Nummern Berlin). Scheiße, einfach die Quick-Scheiße, nur natürlich schmerzlich. GLATTE PROJEKTION, in diesem Fall ja wohl eurer Hoffnungen und Träume. Aber versteht ihr: Ihr habt kein RECHT, aus uns die Luft rauszulassen, nur weil ihr 'nen Platten habt.

Was ich meine: der praktische Ausdruck der Notwendigkeit ist die NOT, Genossen, und die scheint in euch nicht zwingend entfaltet. Nicht solange ihr euch die Not so schlau über den Knast, über uns, aneignet, wie das die Dokumentation zeigt. Kein Wunder geht das ins Leere.

Die Untergrabung des Marxismus, die Krankheit in der bundesrepublikanischen linken Bewegung! Die materialistische Dialektik ist aber eine Waffe, und die Produktion von Familienalben (entschuldigt schon mal, ich weiß schon) reicht nicht aus, diese zu schärfen. Was wir müssen, jede Minute. Besser zielen, Genossen!

Marx - Rosa Luxemburg - RAF



ZACK, ZACK - RAF, RAF!

Kommentar einer RH Genossin

1. "Wie, verflucht, sollen es aber mehr werden..." - Die RAF soll halt auch mal an der Basis agitieren und nicht nur die scheißbürgerliche Arbeitsteilung (Basisarbeits - ROTE ARMEE FRANKLIN) reproduzieren. Wie kommt die RH dazu die Agitationsarbeit der RAF zu ersetzen.
2. Was soll der Flip-Satz: "Man muß 'ne Arbeitsteilung machen, sofort, dringend, planen, organisieren, machen". Keuch! Keuch! Hetz! Hetz! Machen! Machen! Zack! Zack! Hipp Hipp Hurreh!

3. Man sollte einmal klar und deutlich sagen, daß wir es satt haben, permanent den Moralpredigten aus den Knästen ausgesetzt zu sein. Wir wollen eine Kritik, die uns weiter bringt, aber nicht so ein moralisches Geschwätz.
4. Da wird viel von Angst geredet, faulen Ärschen etc. vom Katheder der Autorität RAF herunter. Wer nicht bewaffneten Kampf macht, ist von Haus aus schon ein Lahmarsch. Ich mücht mal fragen, ob sich die Genossen bewußt sind, wieviel Mut dazu gehört morgens um 4 Uhr vorm Betrieb zu stehen und an die Nachtschicht, die nach Haus geht, Flugblätter oder ne Zeitung zu verteilen. Ihr habt doch einen Mutbegriff wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten. Zack! Zack! RAF! RAF!

ARBEITSUNFÄLLE bei BLOHM & VOSS

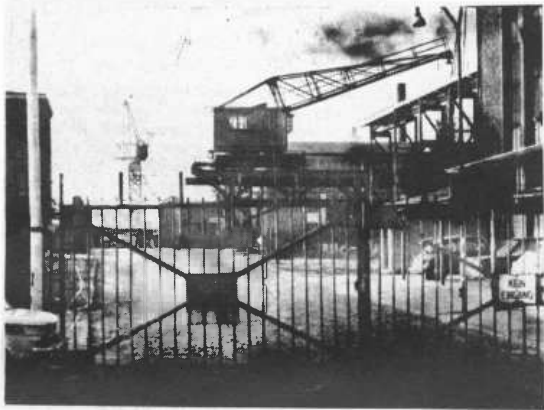
Bei BLÜHM & VOSS gab es vor etwa 2 Wochen an einem Tag zwei Tote. Dem Glaser Heinrich Beckmann wurde auf dem Dock von einem Kran der Kopf abgerissen, der Brenner Uwe Hamm ist verbrannt. Nach Betriebsschluß haben wir die Arbeiter von BLÜHM & VOSS um ihre Meinung dazu befragt. Wir drucken hier nur einen Teil der Interviews ab. Die vorherrschende Meinung bei den Kollegen war: "Die haben selber Schuld", "vielleicht menschliches Versagen", "da warn die doch selber Schuld dran" "reichliches Selbstverschulden", "haben nicht aufgepasst". Nur wenige haben erkannt, daß es nicht die Arbeiter sind, die an den Arbeitsunfällen Schuld haben, sondern die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen.

Dies sind nicht die ersten Unfälle bei BLÜHM & VOSS. Aber nur selten gelangen die Nachrichten darüber an die Öffentlichkeit, während BILD aus jedem Ehemord eine Schlagzeile macht. Selbst die Arbeiter auf der Werft erfahren nur zufällig davon, wenn sie in der Nähe arbeiten, oder wenn es sich rumspricht. Von der Betriebsleitung werden sie nicht informiert und die hat ihre guten Gründe dafür, denn je weniger solche Sachen bekannt werden, umso weniger Unruhe schaffen sie. Und wenn es dann doch bekannt wird, dann liefern die Meister in den Abteilungen gleich die "richtige" Erklärung mit: EIGENES VERSCHULDEN.

Wer eine Arbeit machen muß, die ihn u.U. sein Leben und seine Gesundheit kosten kann, der sollte sich nicht noch mit Selbstvorwürfen überschütten, sondern der sollte nach denen fragen, die ihn an diesen Arbeitsplatz gestellt haben und warum.

Die Toten können nicht mehr reden, aber was Uwe Hamm und Heinrich Beckmann passiert ist, das kann jeden Tag jedem Anderen - auch dem Vorsichtigsten - passieren. Die täglichen Arbeitsunfälle einfach als Schicksalsschläge hinzunehmen, nützt nur der Betriebsleitung. Denn: Jeder Unfall, jeder Tot, geht auf das Konto des Werkes, auf das Konto der Akkortschinderei, auf das Konto der Antreiberei.

Wir fordern alle, die von Arbeitsunfällen in ihrem Arbeitsbereich wissen oder gehört haben, auf, uns darüber zu schreiben. Adressen: siehe Kontaktadressen der Roten Hilfen



Interview I

*Es geht um die Unfälle hier auf der Werft. Wie konnte das passieren? Hatten die selbst Schuld daran?
-Ja, höchstwahrscheinlich, nicht?
-Ja, selbst schuld.
*Und die Sicherheitsvorkehrungen. Sind denn ...
-Sind genug getroffen.
-Sind völlig genug.
-Die Meister können doch nicht immer hinterherlaufen.
-Dann steht da sowieso an jeder Ecke ein Schild.

-Liest Du Zeitung? Hast Du gelesen, wie der Typ verbrannt ist?
*Ja aber die Zeitungen, da kannst Du Dich nicht drauf verlassen.
-Du, der hat sich eingesprüht mit Sauerstoff, um den Staub abzuwischen.
-Das ist gar nicht gesagt. Ist doch Quatsch.
-Was?
*Das zählt doch nicht.
-Ja wieso nicht? Sondern? Wie ist denn der ...
-Ist doch gar nicht wehr. Ist doch gar nicht gesagt. Die wissen das doch gar nicht hundertprozentig, wie das passiert ist.
-Wie ist denn der verbrannt?
-Des weiß ich doch nicht. Ich war da nicht dabei. Das weiß nämlich kein Meister, wie das passiert ist.
-Was?
-Das weiß kein Mensch richtig.
-Ja, aber so erzählen doch die Meister das, daß das so war.
-Ja, so wird das erzählt, in etwa...
aber doch nicht, daß er Staub absprühen wollte, so schlau wird er ja auch gewesen sein, das kann ja auch so rangekommen sein.



Interview II

*Es geht um die Unfälle auf der Werft....
-Wir haben ja am Dock gearbeitet, ich meine, der Kran der bimmelt ja und wenn der sich aus dem Häuschen reusimmelt und kommt mit dem Arm da rein, dann hat er selbst Schuld, er soll halt aufpassen.
*Und der Schweißer...?
-Ja nun, das ist auch seine eigene Verschuldung, man kann nicht mit reinem Sauerstoff was abblasen, in dem Moment, wo ich mit reinem Sauerstoff was abblase...
*Ist das gesehen worden, daß der das gemacht hat?
-Ja, man darf ja nicht mit Sauerstoff abblasen. Man muß Preßluft nehmen.
*Wie sind die Sicherheitsvorkehrungen? Kommt sowas öfters vor, auch wenn man nicht Schuld hat?
-Ich bin nun schon 10 Jahre auf der Werft. Im allgemeinen möchte ich behaupten, daß da immer reichliches Selbstverschulden, wenn da was passiert, reichliches Selbstverschulden dabei ist. Wollen mal sagen, man achtet manchmal gar nicht drauf, es werden Dinge gemacht, die einem von vorneherein gar nicht erlaubt sind, zu machen. Oder wo nahegelegt wird, aufzupassen, sich anzuschneiden, da laufen die Leute los und schnallen sich nicht an.
*Sagen die Gewerkschaften was dazu?
-Wenn das nachher vors Arbeitsgericht kommt, so ein Unfall, und es wurde die Anordnung gegeben, als Vorarbeiter, daß man sich eben absichert, und man hat da nicht Folge geleistet, dann hat man selber Schuld, man muß eben aufpassen.
*Kann sowas öfter vorkommen?
-Es passieren auch Autounfälle, aufpassen muß man schon.

Interview III

*Es geht um die 2 Toten auf der Werft. Hatten sie selber Schuld oder was denken Sie?
-Kann man schlecht sagen, Sie wissen doch wie das heute aussieht. Akkord, Hetze, Treiben, da wird nicht so drauf geachtet, ob die Schläuche dicht sind. Man wird angetrieben.
*Die meisten hier sagen, die Leute sind selber schuld.
-Ach was, ach was.
*Reden Sie viel im Betrieb darüber?
-Man muß ja selbst damit rechnen, daß man abends nicht nach Hause kommt.
*Und die Gewerkschaften?
-Ach, die stecken doch alle unter einer Decke.

Interview IV

*Es geht um die beiden Toten auf der Werft und ob die selber Schuld haben?
-Nicht selber Schuld. Er kann schon deshalb keine Schuld haben, weil er ja nicht aus Spaß arbeiten geht, die jetzigen Bedingungen unter denen wir leben sind Schuld an der Tatsache, daß die tot sind. Das ist Mord, gar nichts anderes.
*Reden die Arbeiter im Betrieb darüber?
-Wenig, du, viele stehen so auf dem Standpunkt, hat doch selber Schuld, und es gibt da hin und wieder so bei größeren Gruppen von Kollegen unterschiedliche Meinungen, der eine der halt so sagt: Selber Schuld und der andere, der etwas fortschrittlicher ist und sagt: Na ja, so einfach kann man das nicht sehen, muß man etwas differenzierter rangehen, und dann dementsprechend das Urteil fällt. Aber das ist ein sehr geringer Teil.
*Und das kommt immer wieder vor?
-Ja klar.
*Wie sind die Sicherheitsvorkehrungen, einige sagen, das ist das A und O bei BLÜHM?
-Na, die Sicherheitsvorkehrungen sind immer dann so hin und wieder mal so gut, was heißt gut, gut sind sie so und so nicht, ich meine Sicherheitsvorkehrungen sind eine echte Aufgabe, die letztlich im Interesse des Kapitals nicht sein können. Darum sind immer die Sicherheitsvorkehrungen beschissen.
*Und die Gewerkschaften, sagen die was?
-Leck mich am Arsch. Da habe ich eine ganz klare Meinung darüber.



SPK
Aus der Krankheit eine Waffe machen
DM 6.80



Der neue Antisemitismus
Die Liquidierung von Ausländerorganisationen in der BRD:
Zum Verbot von GUPS und GUPA
88S. DM 5.80
TRIKONT-VERLAG 31111 München 31111 Josefstadt 1988 31111

N. Balestrini
Wir wollen
DM 6.80
IRLAND
ein Vietnam in Europa
DM 9.80
POLEN
Rote Fahnen über Polen ca DM 7.-

alles!
Roman der Flakämpfer



AUF WELCHER SEITE STEHEN DIE GEWERKSCHAFTEN

Wer dieser Frage nachgehen will, kann am Beispiel des Streiks bei Hoesch etwas dazulernen. Deutschlands mächtigste Gewerkschaft, die IG Metall, wurde selten so gelobt. Allerdings diesmal von der falschen Seite und für "Verdienste", welche die Metallarbeiter wohl kaum zur Begeisterung hinreissen dürften:

Der Vorstandsvorsitzende der Hoesch-Hüttenwerke, Dr. U. Schmithals, konnte nur mit "Mühe" hinreichende Worte der "Befriedigung" darüber finden, daß der IGM-Vorstand sich so "eindeutig an die Seite des Vorstands der Hoesch-Hüttenwerke" gestellt habe. Der Kapitalistenvertreter hatte die Freiheit, seine "Befriedigung" vor einer Hoesch-Arbeiterversammlung loszulassen! Neben ihm saß R. Judith, Gewerkschaftsbonze aus dem Vorstand der IGM.

Die Geschichte war die: In der zweiten Urabstimmung im Januar lehnten 77 % der Hoesch-Arbeiter das von der IGM "erkämpfte" Ergebnis in der neuesten Lohnstarifrunde von 3,5 % Lohnerrhöhung ab. Die Arbeiter forderten mehr und vor allem, daß die Gewerkschaft bei ihrer Ausgangsforderung von 11 % bleibt. Eine Erhöhung ihrer Löhne konnten sich die Metaller bei den Preissteigerungen von fast 7 % im Jahr sonst nicht ausrechnen.

Utzotzdem schloß die Gewerkschaft das Tarifabkommen ab: 3,5 % Lohnerrhöhung für eine der profitträchtigsten Industriezweige bei steigenden Mieten, Steuerprogression, Steuerpreiserhöhung und allgemeiner Preissteigerung von 7 %, wie sie für's nächste Jahr schon prophezeit ist!

Als die Arbeiter darüber sauer wurden, und das Abwiegen nach allen Regeln der "Mitbestimmung" und mit Hilfe der DKP nicht gelang, beschlossen sie, spontan zu streiken, also "wilder" Streik! Der Streik vom 8. - 10.2.1973 blieb "wild", da ihm die IGM ihren Segen verweigerte.

Freilich ermutigte das die Arbeitgeber (sprich Kapitalisten) in ihrer sturen Haltung. Entgegen den geforderten 14 Pf. mehr Lohn/Std., speisten sie die Belegschaft mit +5 Pfennig ab. Zusätzlich wurden 3 "Häufel" fristlos entlassen. Nun war der Ufen voll angeheizt. Vor der spontanen Solidaritätswelle wurden vor allem die Bonzen der Gewerkschaften bleich.

Aber anstatt den Streik zu unterstützen, entzogen sie den Entlassenen (zunächst) ihren Rechtsschutz. Am wirkungsvollsten aber wurde die Bewegung dadurch abgeblockt, daß der Bonze Judith den Arbeitern erklärte (nachdem er stundenlang mit den Kapitalisten geheim gemuschelt hatte): "Die Rechtsposition der Betroffenen ist sehr bedenklich." Das hat gewirkt. Die Streikfront und die Kampfentschlossenheit bröckelten rapide ab. Die Gewerkschaft aber ließ sich erst jetzt dazu "hinreißen", das zu fordern, was schon vorher ausgemuschelt war: Um nicht ganz das Gesicht zu verlieren, forderte die IGM jetzt die Aufhebung der Entlassungen. Ganz wie es abgemacht war stimmten dem Aufheben der Entlassungen schließlich auch die Kapitalisten zu. Das dürfte ihnen nicht schwergefallen sein, denn sie mußten hinterher nicht mehr zahlen, als sie vorher von selbst angeboten hatten, also 5 Pfennig mehr pro Stunde. Dafür hat aber die IGM den "Arbeitsfrieden" wieder "hergestellt", die Gewerkschaft die Zwangsjacke der "Friedenspflicht" wieder angezogen. Diese "demokratischen Errungenschaften", nämlich die sogenannte qualifizierte Mitbestimmung, waren auch gemeint, als es hieß, das Abkommen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen sei aus "übergeordneten Gesichtspunkten" möglich gewesen.



So haben die Arbeiter wieder mal für die Katz gekämpft. Ob die fristlosen Kündigungen später nicht auf kaltem Wege und mit anderen "Begründungen" durchgesetzt werden, ist noch nicht entschieden. Die Streikenden haben außerdem erhebliche Lohnausfälle, die ihnen keiner ersetzen wird. Aber sie haben vielleicht gelernt, auf welcher Seite die Gewerkschaften stehen, welche Funktion den Gewerkschaften heute überhaupt zukommt und:

DASS IHRE INTERESSEN ANDERE ALS DIE DER GEWERKSCHAFT SIND UND, DASS SIE DIESE NUR IM GEMEINSAMEN, SOLIDARISCHEN KAMPF, NUTZFALLS GEGEN DIE GEWERKSCHAFTEN UND KAPITALISTEN, DURCHSETZEN KÖNNEN.

POLITISCHE PROZESSE IN ENGLAND

10 UND 15 JAHRE GEFÄNGNIS FÜR ENGLISCHE GENOSSEN WEGEN VERSCHWÖRUNG



ZENSURIERTE BOMBEN

Für eine Reihe von Bomben, die in der Zeit vom August 1971 bis Nov. 1971 in ganz England explodierten, übernahm die ANGRY BRIGADE die Verantwortung. Bis zum 12. Jan. 1971 wurden die Informationen über die Anschläge von offizieller Seite durch die sogenannten D-Nitices unterdrückt, dh der Innenminister hat das Recht über gewisse Nachrichten totale Zensur auszuüben.

Bomben aus dem Jahr 1970, die unter die Zensur des Home Office fielen:
 Aug. 1970: Das Haus von Sir John Waldron, Polizeichef in London
 Sept. 1970: Das Haus von Sir Peter Rawlinson, Generalstaatsanwalt
 Nov. 1970: BBC-Aufnahmewagen in London
 Dez. 1970: Spanische Botschaft in London
 Dez. 1970: Arbeitsministerium

Am 12. Jan. 1971 protestierten 120 000 Demonstranten gegen das Industrial Relation Act, ein Gesetz, durch das die konservative englische Regierung versuchte, jede Opposition in den Fabriken unter ihre totale Kontrolle zu bekommen. Um Verstöße gegen dieses Gesetz richtig handhaben zu können, wurde ein spezielles Gericht eingerichtet, der Industrial Relation Court. Fünf Dicker, die sich im vorigen Sommer vor diesem Gericht wegen eines Streiks verantworten sollten, hatten es abgelehnt, zu erscheinen und damit die Existenz dieses Gerichts überhaupt infrage gestellt. Sie wurden ins Londoner Pentonville-Gefängnis gebracht. Die Regierung mußte sie nach massiven Solidaritätsstreiks im ganzen Land nach 7 Tagen freilassen. Robert Carr war für dieses Gesetz verantwortlich. In der Nacht nach der Demonstration explodierten zwei Bomben in seinem Haus.

JAGD AUF DIE ANGRY BRIGADE

Dieses Mal konnte die Nachricht über den Anschlag nicht unterdrückt werden. Damit begann die Jagd auf die Angry Brigade. Einige Wochen später wurden Ian Purdie und Jake Prescott verhaftet.

Im folgenden Prozeß -im Nov. 1971- wurde Jake Prescott wegen Verschwörung mit dem Ziel, Bombenanschläge zu machen zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Man warf ihm nicht vor, einen Anschlag gemacht zu haben - nur der Verdacht der Konspiration mit diesem Ziel reicht im englischen Recht schon aus, um

zu solchen Urteilen zu kommen. Das einzige Beweismaterial waren drei handgeschriebene Briefumschläge, in denen Angry Brigade Communique's gewesen sein sollen und die zweifelhaften Aussagen von Zellennachbarn. Ian Purdie wurde freigesprochen.

VERSCHWÖRUNG

Das Conspiracy-Gesetz kann mit dem § 129 in der BRD verglichen werden. Verschwörungsanklage ist eine Anklage aufgrund eines Gewohnheitsgesetzes, was im Gegensatz zum Statute-Law auf der Praxis und der Interpretation des jeweiligen Gerichts beruht, die Verurteilung nach oben hin ist unbegrenzt. Wenn 2 Leute beschließen, etwas Illegales zu tun, dann ist dieser Beschluß selbst schon ein Verbrechen, auch wenn er gar nicht ausgeführt wird.

ES WIRD WEITER GEBOMT

Trotz der Verhaftung von Jake und Ian hörten die Bombenanschläge nicht auf:
 März 1971: Ford-Büros, Ilford
 Mai 1971: Bibas Boutique
 Mai 1971: Polizeicomputer, im Tintagel-Haus
 Juni 1971: Ein Transformator im Dagenham Zweigwerk von Ford
 Juni 1971: Haus von William Batty, Ford-Boß
 Juli 1971: Haus von John Davies
 Aug. 1971: Rekrutierungsbüro der Armee in Holloway, London

DIE STUKE NEWINGTON ACHT

Im August 1971 wurde eine Wohnung in Stoke Newington durchsucht, John Barker, Hillary Creek, Jim Greenfield und Anna Mendelson wurden verhaftet. Bei der Durchsuchung wurden angeblich Waffen und Sprengstoff gefunden. Am nächsten Tag wurden Chris Bott und Stuart Christie verhaftet, als sie die Wohnung in Stoke Newington betreten wollten. Kate Maclean und Angela Weir wurden einige Wochen später festgenommen.

Trotz aller Verhaftungen und Hausdurchsuchungen gingen die Bombenanschläge weiter:
 Sept. 1971: Kasernen in der Albany Street, London
 Okt. 1971: Haus von Christopher Bryant, Boß einer Wohnungsbaugesellschaft
 Nov. 1971: Hauptquartier der Panzer-Division in London



ANGELA WEIR FREI



KATE MACLEAN FREI



ANNA MENDELSON 10 JAHRE



Ian Purdie FREI



JOHN BARKER 10 JAHRE



HILARY CREEK 10 JAHRE



STUART CHRISTIE FREI

Anfang Juni 1972 begann der Prozeß gegen die Stoke Newington 8 im Londoner Old Bailey.

Die Strategie der Verteidigung war die Techniken und die Funktion der britischen politischen Polizei aufzuzeigen, von deren Existenz bis dahin fast niemand etwas wusste, und ihr Ziel war, die Jury politisch zu agitieren. Die drei Angeklagten, die sich selber verteidigten, John, Anna und Hilary und der einzige linke Anwalt in diesem Prozeß Ian Macdonald haben versucht, ihre politische Entwicklung aufzuzeigen, wie sie Teil der revolutionären Bewegung in England wurden, warum sie Hausbesetzungen gemacht haben und am Kampf der Sozialempfänger und Mieter teilgenommen haben. Außerdem haben während des Prozesses Shop-Stewarts (Vertrauensleute), aktive Linke und Mitglieder der Frauenbefreiungsbewegung über ihre Reaktion auf die Bomben der Angry Brigade und über die Repression in England und die Notwendigkeit sich zu wehren gesprochen. Es war von Anfang an klar, daß diese Strategie nicht ausreichen konnte, alle acht freizusprechen. Die ungeheure Autorität der englischen Justiz, der sich weder Jury noch Angeklagte total entziehen konnten, die scheinbare Korrektheit der Richter, der während der ganzen sechs Monate keinen einzigen Revisionsgrund gab, Vorurteile und nicht zuletzt die angeblichen Beweise zwangen die Jury zu einem Kompromiß - vier schuldig, vier unschuldig. Die Jury brauchte über 50 Stunden, um zu diesem Kompromiß zu kommen.

Obwohl die einzelnen Jurymitglieder anonym bleiben müssen, wurde es deutlich, wer die beiden waren, die bis zuletzt für alle acht Freispruch gefordert hatten. Der eine hatte sich aus Sympathie mit den Angeklagten die grauen Haare wachsen lassen, der andere kämpfte seinen Kampf gegen die gerichtliche Autorität, indem er immer sitzen blieb, wenn alle aufstehen sollten. Unter der Jury gab es keine Frauen.

In ihrer Schlußrede sagte Anna Mendelson:
 "Wir werden uns nicht ändern, wenn wir schuldig gesprochen werden. Wir werden immer das sein, was wir sind und was wir glauben. Ich weiß, daß die Leute hier, die mit mir auf der Anklagebank sitzen, zusammenarbeiten, weil sie eine glücklichere und friedlichere Welt wollen!"

Die englische Polizei nutzt die Sensation des Urteils, um in der Presse das Gespenst des Terrorismus heraufzubeschwören. Verglichen mit der Situation in der BRD rechtfertigt sie ihre zukünftige Strategie bei der Unterdrückung von Opposition. Ein spezielles Bombendepartment, was zur Bekämpfung der Anschläge gegründet war, wird zur ständigen Einrichtung werden. Commander Bond, Chef dieser Abteilung: "Ich halte solche Leute für höchst gefährlich und wir müssen damit rechnen, daß Bomben zum täglichen Leben gehören müssen."

10 JAHRE

Anna, John, Hilary und Jim wurden zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach dem Urteil dankten sie den beiden Jurymitgliedern, die bis zuletzt für nicht-schuldig gestimmt hatten.

Während des Prozeßverlaufs hatte die Stoke Newington Group, die sich über der Verteidigung zusammengefunden hatte, mit Informationsschriften, Plakaten, Kampagnen und Demonstrationen für Öffentlichkeit gesorgt. Am Abend nach dem Urteil gingen etwa 600 Demonstranten mit Fackeln zum Frauengefängnis in Holloway, wo Anna und Hilary untergebracht sind. Aus dem hellerleuchteten Zellentrakt antworteten die Frauen auf die Sprechchöre. Jim und John wurden in weiter außerhalb gelagerte Strafanstalten gebracht. Die anderen Gefangenen empfingen sie mit Liedern und schenkten ihnen Tabak und Kleider. Eine Woche nach dem Urteil gingen ungefähr 500 Demonstranten zur Strafanstalt von Wormwood Scrubs.

10 Jahre Gefängnis sind eine lange Zeit. Sie werden es schaffen, wenn wir zu ihnen halten.



CHRIS BOTT FREI



JIM GREENFIELD 10 JAHRE



JAKE PRESCOTT 15 JAHRE

we are all angry

DER ANTIZIONISTISCHE KAMPF IN ISRAEL WÄCHST

Im Dezember 1972 verhafteten der israelische Geheimdienst und die israelische Polizei 50 bis 60 israelische Staatsbürger - Juden wie Araber - unter der Beschuldigung, Mitglieder eines Spionage- und Sabotagerings im Dienst des syrischen Geheimdienstes zu sein. Die meisten der "Angeklagten" waren oder sind bekannte Mitglieder oppositioneller linker Organisationen.

Im Rahmen der "Berichterstattung" über die Verhaftungen seitens der israelischen zionistischen Massenmedien - Presse, Rundfunk und Fernsehen - wurde eine "Hexenjagd" gegenüber allen oppositionellen Kräften in Israel entfacht. Das Regime und seine Instrumente der Unterdrückung, die Shin Beth (die israelischen Geheimdienste) und die Polizei, vermittelten als einzige den Massenmedien die "Tatsachen" über die Aufdeckung des Spionagerings. Diese haben ihrerseits die Gelegenheit ergriffen, um eine massive Diffamierungskampagne zu starten, die das Ziel hatte, die öffentliche Meinung gegen die Angeklagten insbesondere und gegen alle oppositionellen Kräfte im besonderen aufzuheizen. So hat z.B. die "Maar Iv" (größte israelische Abendzeitung) am 15.12.72 die Äußerungen des Generalinspektors der Polizei im Zusammenhang mit der Aufdeckung des "Spionagerings" wie folgt zitiert: "Das Wichtigste an der Spionage- und Sabotageaffäre ist die große Anzahl israelischer Araber, die im Lande aufgewachsen sind und die an den Sabotage- und Terrorplänen beteiligt waren. Wir müssen unsere Einstellung der arabischen Minorität gegenüber nochmals prüfen und sie auf der Basis der letzten Offenbarungen bewerten... Es ist klar, daß der Sprung von intellektuellen Übungen zur Aufnahme extremistischer und abweichender Einstellungen hin zum Ziel der Durchführung von Sabotageakten kurz und unerwartet ist." Und weiter: "Diese Brutstätten (gemeint sind die Linken), denen das Gesetz und die Öffentlichkeit mit Verständnis entgegengekommen sind, können nicht nur dumme und krankhafte Theorien hervorrufen, sondern auch gefährliche Taten. Trotz unseres Wunsches, Demokraten und Liberale zu sein, müssen wir unsere Einstellung der unbeschränkten Meinungsfreiheit und den politischen Überzeugungen gegenüber prüfen." Diese Zitate spiegeln nicht nur die Meinung eines hohen israelischen Polizeioffiziers wider, sondern sie sind auch die allgemein vorherrschende Meinung der herrschenden Kreise in Israel und lassen sich in vielen Aussagen führender israelischer Politiker und zahllosen Kommentaren wiederfinden.

Es ist klar, daß, wenn diejenigen, die sich jetzt in Untersuchungshaft befinden, nur Araber wären, die intensive Reaktion der israelischen Regierung und der ihr nahestehenden Massenmedien ausgeblieben wäre. Die Tatsache, daß bei dieser "Spionageaffäre" Juden und Araber gemeinsam angeklagt sind, ist der Hauptgrund für die panische Reaktion des zionistischen Establishments. Eine Hauptstütze des zionistischen Regimes und seiner Ideologie - eine Ideologie, die von Anfang an die Existenz eines palästinensischen Volkes total negierte, um das eigene "Recht" auf Palästina legitimieren zu können - ist die nationale Diskriminierung von Juden und Arabern. Nachdem die Zionisten den israelischen Staat auf enteignetem Land gegründet haben, die Palästinenser in ein heimatloses Volk verwandelt haben, das in elenden Flüchtlingslagern leben muß, fährt Israel fort, eine Politik zu betreiben, deren Grundprinzip die nationale Diskriminierung zwischen Juden und Arabern ist. Die israelischen Araber sind Opfer einer systematischen Unterdrückung: Ausweisungen, Enteignungen, "administrativer Arrest", Gefangenschaft, Diskriminierung in allen Lebensbereichen, offener und verschleierte Rassismus - das sind nur einige Aspekte der nationalen Unterdrückung, die die Palästinenser unter israelischer Herrschaft erdulden müssen. Auf der anderen Seite wird jedem Juden eine bestimmte "Immunität" zugesprochen, auch wenn dieser Mitglied einer revolutionären Organisation ist. Arabische und jüdische Mitglieder derselben Organisation werden von der Regierung und ihren Unterdrückungsinstrumenten verschieden behandelt. Während der erste gefangen genommen, verhaftet und gefoltert wird, bleibt der zweite verschont. Bis zu einem gewissen Punkt darf ein Jude gegen das zionistische Regime sein; wird dieser Punkt allerdings überschritten, so wird auch gegen ihn brutal vorgegangen. Wir erinnern nur an die Ausweisungsbefehle, die Schutzhaft usw., die gegen die Black Panthers angewandt worden sind. Weiterhin an Urteile israelischer Gerichte, die im Auftrag der Regierung oder der Histadrut (israelische Gewerkschaftsorganisationen) gegen streikende Arbeiter ergangen sind, um die Arbeiter zu zwingen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Alle die Maßnahmen sind in Übereinstimmung mit den berüchtigten Notstandsverordnungen (emergency regulations) getroffen worden. Diese "Gesetze" sind ursprünglich von der englischen Mandatsregierung 1945 zur Bekämpfung terroristischer Aktionen erlassen und vom israelischen Staat nach seiner Gründung vollständig übernommen worden. Der derzeitige Justizminister, J. Schapira, äußerte sich damals zu diesen Gesetzen wie folgt: "Für das Regime, das mit der Verkündung der defence (emergency) regulations in Palästina errichtet worden ist, gibt es in keinem einzigen zivilisierten Land ein entsprechendes Beispiel. Selbst nicht einmal im Nazi-Deutschland gab es solche Gesetze; was in Maidanek und anderswo passierte, stand im Gegensatz zum geschriebenen Recht." Diese von den Engländern eingeführten "Verordnungen" sind 1949 durch israelische Notstandsbestimmungen ergänzt worden. Während diese "Gesetze" nur bei einer Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Widersprüche gegen jüdische Bürger angewandt werden, werden sie gegen die Palästinenser täglich, und zwar seit der Staatsgründung, in ihrer ganzen Schärfe eingesetzt. Besonders brutal unterdrückt sind diejenigen Araber, die an einem politischen Kampf gegen das Regime teilnehmen. Um die Ausmaße der Diskriminierung und der politischen Unterdrückung zu erkennen, braucht man hier nur an das Beispiel der 300 arabischen Hakach-Aktivistinnen (neue kommunistische Liste, KP) zu erinnern, die vor den Knesset-Wahlen 1969 in Schutzhaft (administrativer Arrest) genommen wurden, sowie an die Tatsache, daß die Mehrzahl der arabischen Mitglieder der antizionistischen Organisationen in Haft gehalten werden.

Das Prinzip ist klar: was dem Juden erlaubt ist, ist dem Araber verboten. Andererseits ist es "natürlich", daß Palästinenser, die enteignet worden sind, und unter der israelischen Herrschaft unterdrückt werden, gegen den Zionismus und für die nationale Befreiung kämpfen. Aber wenn Juden, die im Lande geboren und erzogen worden sind, die mit der zionistischen Ideologie gefüttert wurden, aufstehen und erklären: wir haben die Nase voll von dem zionistischen Israel! Wir sind die Unterdrückung satt! Es ist unsere Aufgabe, das zionistische Regime abzuschaffen, das das palästinensische arabische Volk unterdrückt und enteignet, und das die israelischen Juden in die Todesfalle eines permanenten Kriegs gegen die arabischen Massen führt - dann kann dies die rassistische Logik der Regierung und des Establishments nicht begreifen. Allein die Vorstellung, daß ein gemeinsamer Kampf von Juden und Arabern gegen den erobungswütigen und repressiven Zionismus möglich ist, erschüttert die Herrschenden.

Daher haben sich Regierungssprecher, sogenannte Liberale und die Palastweiche der zionistischen Linken zusammengesetzt zu einer gemeinsamen Verurteilung der "Juden, die es gewagt haben, die Hand gegen andere Juden zu erheben". In dieser Verurteilung ist die ganze Logik der Zionisten enthalten. In der Stellungnahme der Regierungssprecher wird zwar beteuert, daß "wir nicht aus den Handlungen Einzelner auf alle linken Organisationen schließen dürfen". Doch zielen diese Erklärungen keineswegs darauf hin, die Linke zu "reinigen" und zu schützen. Ihr Zweck ist, der beunruhigten Öffentlichkeit zu zeigen, daß die jüdischen Verdächtigten, die sich in Untersuchungshaft befinden, nur "Abweichungen" darstellen. "Wenn sie untersucht werden", gab Golda die Große bekannt, "wird sich klar erweisen, daß sie wehrlos sind." Diese Reaktion ist sowohl für sie als auch für das gesamte zionistische Establishment vom rechten bis zum "linken" Flügel notwendig. Denn ohne diese "Wahrheit" besteht für sie eine ungeheure Gefahr; die "Drohung" eines gemeinsamen revolutionären Kampfes von Juden und Arabern. Wenn schon eine kleine Organisation wie die "Rede Front" das gesamte zionistische Lager erschüttern und aus seiner arroganten Gleichgültigkeit herausreißen konnte, ist leicht vorstellbar, welche Gefahren den Herrschenden in Israel ein gemeinsamer, von Juden und Arabern massenhaft geführter Kampf gegen Zionismus, Imperialismus und arabisches Regime drohen werden.

Die Herrschenden in Israel begnügen sich allerdings nicht mit der Hetzkampagne gegen linke und radikal-demokratische Organisationen, sondern sie gehen auch gegen die politischen Häftlinge mit unmittelbarer und brutaler Gewalt vor. So berichtet "So Haderech", Zentralorgan der israelischen KP (Rakach) am 10.1.73:



"In diesen Tagen wurde bekannt, daß die in Verbindung mit dem Geheimdienststring Verhafteten schwerer Folterungen seitens der sie verhörenden Personen ausgesetzt sind. Die Häftlinge berichteten ihren Verteidigern, daß sie geschlagen und gefoltert wurden, z.T. mit elektrischem Strom an empfindlichen Körperteilen." Dr. Israel Schachak, Vorsitzender der israelischen Liga für Menschenrechte, gab in einem Bericht nähere Einzelheiten über die Folterungsmethoden bekannt: Uhrkeulen, Schläge auf alle Körperteile, Tritte auf am Boden liegende Gefangene, Entkleidung der Gefangenen für längere Zeit, Bespritzen mit Eiswasser, Stromstöße an den Hoden sowie an allen anderen Körperteilen. In einem Brief an den Polizeiminister, den Justizminister und an den Knesset-Vorsitzenden verlangte Herr Abraham Lebenbraun (kommunistischer Knesset-Abgeordneter) eine Untersuchungskommission über die körperlichen und psychischen Folterungen seines Sohnes, Hami Livneh, der sich unter den Angeklagten befindet. Herr Lebenbraun behauptet, ihm sei erst 12 Tage nach der Verhaftung seines Sohnes gestattet worden, ihn zu besuchen. Sein Sohn berichtete ihm, daß er brutal zusammengeschlagen worden sei und daß, während er verhört wurde, sein Freund Shauki Khatib mit elektrischen Schocks gefoltert worden ist; er wurde darauf hingewiesen, daß sein Freund so lange gefoltert werde, bis er ein Geständnis abgelegt habe. Der Knesset-Abgeordnete schrieb weiter, daß andere Häftlinge noch schlimmer behandelt worden sind. (Vgl. Jerusalem Post vom 10.1.73; The Times vom 13.1.73) Diese Maßnahmen, die von den herrschenden zionistischen Kreisen in Israel gegenüber allen politischen Gefangenen angewandt werden, sind keine Ausnahmen, sondern die Regel. Da eine liberale Öffentlichkeit in Israel so gut wie nicht vorhanden ist und die linken Kräfte sehr schwach sind, besteht die einzige Möglichkeit, den politischen Häftlingen zu helfen, darin, für sie im Ausland eine große Solidaritätsaktion zu organisieren. Wir hoffen, daß die linken und radikal-demokratischen Kräfte in der BRD sich für diese Aktion im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzen werden. Die Hilfe sollte sowohl materiell wie geistig sein, d.h. Geldspenden wie Protestbriefe z.B. an die israelische Botschaft.

Spenden an:

Deutsche Bank Frankfurt, Sonderkonto "Spende" Nr. 343/1624

DM 18.00

KAMPFLIEDER ARBEITERSACHE MÜNCHEN

Die Tram fährt uns. Die Häuser gehören uns
Wir nehmen uns was uns gehört

TRIKONT-VERLAG 8 München 80, Josefsburgstr. 16

Revolutionäre Lieder

Wir bauen einen Plattenvertrieb "Revolutionäre Lieder" aus aller Welt auf. Katalog erscheint bis Ende des Jahres.

WIR BEFREIEN UNS SELBST
Lieder der "Arbeiterache" München, ersch. Anfang Januar 1973
ca. DM 19.00

SCHALLPLATTEN VON LOTTA CONTINUA (mit Übersetzung):
12. DICEMBRE LP Musik des gleichnamigen Films von Pasolini und Lotta Continua DM 21.00

1 Lotta Continua	5.00	7 Le canzoni della Lotta	5.00
2 Ballata della Fiat	5.00	8 Armata in Irlanda	5.00
3 Prendiamoci la Città	5.00	9 Ballata di Piazza Fontana	5.00
4 Internazionale Proletaria	5.00	10 Ballata di Franco Serantini	5.00
5 No al Fascismo	5.00		
6 Berlinguer	5.00	10 Non piangere di bella	5.00

Le canzoni della LOTTA ARMATA

DM 5.00 - in Irlanda

Wenig Spaß für die Bullen

München - Wenig Spaß für Bayerns Bullen: Drei von vier Kälbern werden jetzt schon bei uns künstlich gezeugt. Das teilte gestern der Landtagsabgeordnete Rudolf Bachmann im Bayerischen Landtag mit.

Es ist immer die gleiche Geschichte: Da haben wir ein System, das aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen ein Interesse daran hat, bestehen zu bleiben. Und da haben wir Leute, die beim besten Willen dieses Interesse nicht teilen können. Damit aber diese Unwilligen nicht aufmüpfig werden und womöglich die öffentliche Sicherheit (was immer das sein mag) gefährden, gibt es den freundlich-helfenden Arm der Exekutive, die Irregelleitete auf den rechten Pfad der Tugend zurückknüpelt. Soweit ist ja alles in Ordnung, vorausgesetzt, die öffentliche Sicherheit wird nicht so gründlich gewahrt, daß den Normalbürger das unangenehme Gefühl beschleichen könnte, es handle sich nicht mehr um seine Sicherheit und seine Interessen, die da bewahrt werden. Diese Erkenntnis wäre echt fatal, da richtig, und wichtig, aber nicht für das oben erwähnte System.

So. Jetzt sind da aber ein paar recht dumme Geschichten passiert: Da erschießt doch ein Ordnungshüter ganz flott einen Autoknacker, damit "Ruhe kommt". Da demoliert eine ganze Bullenherde die Autos von ein paar Studenten, die einen entlassenen Genossen vom Knast abholen wollen. Da wird in Demonstrationen knüppelschwingenderweise (Ordner von oben: "Knüppel frei! Räumen" oder: "Draufhauen! Nachsetzen!") eingegriffen. Und da kommen plötzlich Benno Ohnesorg, Petra Schelm, Tommy Weißbecker, Georg v. Rauch zu Tode. Ei, ei, denkt da so mancher, das war nicht die feine englische Art! Der eine oder andere Bürger mag seine Polizisten gar nicht mehr so arg. Und dann kommt die Krise im Selbstverständnis der Bullen. Dieser Zustand, so erkennt man an berufener Stelle, ist leider dazu geeignet, die Zufriedenheit auf Seiten der Bürger und das "Disziplin-Manneszucht-freiwillige Unterordnung"-Prinzip auf Seiten der Ordnungshüter zu untergraben. (Vielleicht hat auch mancher Schupo vor Schreck Schweißfüße gekriegt - das ist aber nach der "Vorschrift zur ärztlichen Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und der Dienstfähigkeit der Polizeivollzugsbeamten" verboten) Also, da muß man was machen. Es geht doch nicht, daß aufgrund von ein paar falsch verstandenen Notwehrhandlungen über die Funktion der Bullen nachgedacht wird. Schließlich ist man gezwungen, die Polizei zu verkaufen "wie Waschmittel" (Schreiber). Ein ganz neues Image muß her.

Da gibts gottseidank Polizeipsychologen, wie das Münchener Exemplar Sieber. Der findet das gängige Frontsystem bei Demos (Sperrn, Kettenbildung, Räumen) gar nicht gut. Viel besser ist der "integrierte Einsatz": Bullen sichern in die Reihen der Demonstranten und üben unter Verwendung des "Mundwerks" (Sieber) ein bißchen Psychoterror aus. Frankfurts Polizei-Soziologie Grimminger ließ seine angekrachtesten Schutzbefohlenen anlässlich einer Vietnam-Demo gar Flugblätter verteilen. (Im Hintergrund standen allerdings "starke Kräfte" bereit, einzugreifen, falls einer es wegen sollte, so ein Flugblatt einem der Politbullen in die Linse der gezückten Kamera zu stopfen.)

Naja, Wenn schon Verschleierungstaktik, dann richtig. Aber die da oben sollen sich nicht einbilden, daß wir uns von ihnen verarschen lassen. Wenn sie Theater spielen wollen, dann sollen sie es doch alleine machen. Wir werden genausowenig auf einen grinsend Flugblätter verteilenden Bullen reinfallen, wie auf einen höflich seinen "Mitarbeitern" "fröhliche Weihnachten" wünschenden Siemens, noch einen "Recht" sprechenden Herrn Zelle.



nachrichten * nachrichten * nachrichten * nachrichten * nachrichten * nachrichten * nachrichten

* washington-10.januar - es ist völlig falsch, ss-methoden zu verleugnen, oder mit fortschreitendem alter das tempo zu drosseln. diesen rat gab schwein nixon an seinem 60. geburtstag allen menschen seines alters. * bremen-14.januar - eine gmbh soll im land bremen mit häftlingsarbeit profite erwirtschaften, den gefangenen dafür vollen lohn zahlen und den staatshaushalt entlasten. ja sowas * kaiserslautern-14.januar - in der nacht zum freitag kam es in der schnellgaststätte picknick zu einer auseinandersetzung zwischen zwei israelis und zwei arabern. die israelis holten hilfe und schlugen mit montierreisen auf die araber ein. ein anwesender deutscher zog die pistole, erschoss einen israeli und entkam im durchgehenden r * bayreuth-15.januar - elf stunden nachdem ihm die anklageschrift wegen mordes und luftpiraterie gebracht worden war, erhängte sich der tscheche lubo mir adamica. ihm war luftpiraterie und mord an dem piloten vorgeworfen worden * dacca-15.januar - aus einem gefängnis in chadunga sind am sonntag mehr als 150 gefangene ausgebrochen. über die stadt wurde der ausnahmestand v erhängt * manila-15.januar - der 52-jährige chine lim seng ist wegen rauschgift Handels öffentlich hingerichtet worden. 15000 menschen wohnten der hinrichtung bei. * dublin-16.januar - der r in dublin inhaftierte stabchef des provisorischen flügels der ira, ian mc stiofain hat am diensttag einer anweisung seiner organisation zufolge seinen hungerstreik beendet. mc stiofain war seit dem 19. november in hungerstreik * new york-16.januar - der prozess gegen genossen rap brown hat am montag begonnen. er ist angeklagt, im oktober 71 mit drei anderen einen überfall auf eine bar in new york gemacht zu haben. drei polizisten wurden bei einem schusswechsel verletzt * madrid-18.januar - in den drei spanischen gefängnissen alcalá de henares basauri und sego via sind genossen in den hungerstreik getreten, nachdem sie sich misshandlungen von seiten der wärter widersetzt hatten und zusammengeschlagen worden waren. * honduras-19.januar - der häftling manuel miguez brachte in der anstalt candora den wärtern das schachspiel bei und organisierte einen wettkampf zwischen wärtern und gefangenen. als der wettkampf vorüber war, waren 12 gefangene geflohen. so so * bonn-19.januar - bei der eröffnung des parlaments (mit vierjähriger blutung) warf ein 66-jähriger rentner aus hamburg von der zuschauertribüne flugblätter in den plenarysaal. die flugblätter trugen die überschrift "nachrichten aus der folterkammer". er hatte sie unter seinem pullover auf die tribüne geschmuggelt. *

SOZIALLAGER BRAMBERGRING

In den Nachrichten kam die Mitteilung über einen Brand in einem Soziallager in Hamburg. Wir nehmen das zum Anlaß, uns die Sache einmal genauer anzusehen und gingen hin.

Es war sehr schwer zu finden, das Soziallager am Brambergring, denn es liegt mitten in der neu aufgebauten City-Nord, ein Komplex von hohen Büro- und Wohnblocks: Dort stehen also neben den Prunkbauten die 5 oder 6 einstöckigen Häuser, in denen Familien mit z.T. acht Kindern in 1 bis 2 Zimmern hausen müssen, unausgebaute Wege, Müllkübel auf den Wegen, Abfall und alte Möbel überall.

Das Haus, in dem es gebrannt hatte, steht etwas abseits, die meisten Zimmer im Parterre waren leerstehend, die Fenster herausgebrochen, voller Großmüll, Feuchtigkeit und Dreck. Wir unterhielten uns mit einigen Familien, die noch in diesem Haus wohnen. Sie berichteten, daß sie schon seit 3 1/2 oder 5 Jahren dort wohnen, ohne eine angemessene Wohnung zugewiesen bekommen zu haben. Die Wände sind naß, die Möbel verfaulen, für 16 - 18 Parteien (Zimmer) stehen 2 Wasserhähne und 4 Toiletten zur Verfügung.

Das Haus sollte schon längst abgerissen werden, einige sind auch schon ausgezogen, zum Teil in die anderen Lagerwohnungen hinüber. Dann kam die Behörde und hat die Schlüssel aus den unbewohnten Zimmern ausgebaut, so daß jedermann dort hinein kann. Nachts halten sich z.T. Penner dort auf und die Behördenangestellten scheißen den Unrat in die leeren Zimmer.

Man will die dort noch Wohnenden zwingen, das Haus zu verlassen, die Behörde übernimmt keine Verantwortung, wenn dort etwas passiert.

Aber die Leute weigern sich, dort auszuziehen, solange sie nicht eine richtige Wohnung zugewiesen bekommen. "Manchmal hätten wir schon Lust gehabt, in eins der leerstehenden Einfamilienhäuser in der Nähe einzuziehen, aber nachher nehmen sie uns noch die Kinder weg, wenn kein Wasser und kein Licht drin ist!" sagt eine der Frauen.

Die Männer haben große Schwierigkeiten, Arbeit zu bekommen, denn sobald sie ihre Adresse angeben, heißt es, daß man wohl doch keine Arbeit für sie habe.

Es passiert jeden Tag irgendetwas innerhalb des Lagers, Telefon gibt es dort jedoch nicht. Man muß erst ca. 10 Minuten laufen, um zu telefonieren; dann braucht die Polizei oder der Unfallwagen immer sehr lange, um dort hinzukommen.

Das Soziallager Alsterdorf ist eins, das vordringlich abgerissen werden muß, weil die City-Nord Platz braucht, um sich auszudehnen;

In Steilshoop - Schlafstadt mit Schuhkarton-Wohnungen für 25.000 Menschen, kein Baum, keine Kneipe, kein Kino - baut die Stadt Hamburg jetzt ein neues Ghetto: 100 Übergangswohnungen, umgeben von einem 2 m hohen Drahtzaun, mit etwa 6 qm Wohnraum pro Person. Kinderspielplätze für an die 500 Kinder sind nicht vorgesehen. Hier sollen bis 1974 die 100 Familien aus Alsterdorf einquartiert werden. Wieder isoliert, wieder ausgestoßen.

Soziallager, das sind die Ghettos für die, die ausflippen, weil sie nicht mehr einsehen, warum sie sich 8 Stunden am Tag abschieden sollen für einen erbärmlichen Lohn, warum sie die hohen Mieten für unzureichende Wohnungen bezahlen sollen. ("Mieterschulden, Belästigung der Vermieter, Aufgabe von Dienstwohnungen, auch leichtfertige Aufgabe von Arbeit", das sind die Gründe, die der Verwalter der Hamburger Soziallager, Lorenz, hauptsächlich für die Einweisung ins Lager nennt.)

Das Lager selbst produziert dann diejenigen Verhaltensweisen, die immer wieder vorgezeigt werden, um die Leute als Ausgestoßene zu brandmarken: Aggressionen gegeneinander oder gegen sich selbst oder Resignation, weil der Kampf gegen die erdrückenden Verhältnisse im Lager nicht zu gewinnen ist. "Es gibt Familien, die gar nicht anders leben können" (Lorenz) heißt es dann; aber das bedeutet nichts anderes, als daß in unserer Gesellschaft nur ein Recht zu leben hat, wer sich in die Zwangsjacke der täglichen Ausbeutung bedingungslos einpasst. "Wiedereingliederung in die Gesellschaft" sagen die Reformen, aber für die Leute bedeutet das nur, aus dem Regen in die Traufe. Nicht: Wiedereingliederung in die alte Scheiße, sonder: Die individuelle Revolte dieser Leute muß zur kollektiven Revolte aller werden!

Genossen, guckt Euch um wo leere Häuser stehen!





PROTOKOLL VOM BESUCH BEIM ERMITTLUNGSRICHTER STACK

Erster Besuch von 6 Patienten am 15. Febr. 1973, 12 Uhr, bei Ermittlungsrichter STRACK in der Amtsstube

Erster Besuch von 6 Patienten in der Amtsstube des Ermittlungsrichters STACK am Amtsgericht Kaiserslautern am 15. Febr. 1973, 12.00 Uhr.

Die Pförtnerloge im Eingang des Gerichts ist nicht besetzt. Wir entnehmen einer ausgehängten Übersicht, daß Stack sein Büro im III. Stock, Zi.Nr. 425, hat (Ermittlungsrichter). Als wir oben ankommen, finden wir die Zimmertür verschlossen; Eintritt ist nur durch das Vorzimmer möglich.

Zwei Bullen bringen einen Mann zum Ermittlungsrichter. Wir warten, bis die Vernehmung zu Ende ist. Als die drei wieder verschwunden sind, gehen wir schnurstracks durch das Vorzimmer (Nr.424) zu Richter Stack. Eine Sekretärin murmelt etwas überrascht: "...das geht doch nicht ... ich muß Sie doch ...", tut aber weiter nichts.

Die Amtsstube des Ermittlungsrichters Stack ist spärlich eingerichtet: Einige alte Büromöbel, gekalkte Wände ohne Bilder. Auf einer Fensterbank stehen drei kleine stachelige Kakteen in Reih und Glied. Stack sitzt, den Rücken zur Tür über seinen Schreibtisch gebeugt. Er ist etwa Mitte vierzig, hat unordentlich gekämmtes, fettig grau-braunes Haar und trägt einen zerbeulten Anzug. Stack ist ein kleiner Mann (ca. 165 cm) mit der Haltung eines Würstchens und dem Ausdruck einer Ratte.

Wir stellen uns vor seinen Schreibtisch und fragen ihn, ob er Richter Stack sei. Er schluckt erstmal kräftig. Wir erklären, daß wir gekommen sind, um Besuchererlaubnisse für die drei Untersuchungsgefangenen Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünsche, für die er zuständig sei, abzuholen. Er zeigt auf seine Akten und sagt, daß es soviel zu tun gebe, daß Besucheranträge nur schriftlich angenommen werden könnten. Wir gehen darauf nicht ein, sondern wiederholen unsere Forderung. Nun erklärt er, es gebe einen Beschluß, wonach nur der Besuch von Familienangehörigen bei den drei Untersuchungsgefangenen zulässig sei. Stack spricht sehr leise, so daß häufig die letzten Worte eines Satzes nicht zu verstehen sind. Wir fordern ihn auf, lauter zu reden und uns zu sagen, was für einen Beschluß er meine. "Es gibt da einen Beschluß (er meint wohl den allgemeinen vom BGH), an den ich mich halten muß. Wir: "Sie sind der zuständige Richter, und Sie allein entscheiden über die U-Haftbedingungen und damit über die Besuchsregelung." Er stimmt dem zu, versucht sich aber gleichzeitig hinter dem Landgericht (=Beschwerdeinstanz) zu verschanzeln. Danach wiederholt er fortwährend mit monotoner Stimme: "Es gibt da einen Beschluß, da kann ich gar nichts machen!" Wir sagen ihm, daß er für das Leben der Untersuchungsgefangenen verantwortlich sei, und daß der Beschluß, auf den er sich beruft, praktisch Folter an den Gefangenen bedeute, daß Stack damit den Mord auf Raten verfüge und daß, wenn so ein Beschluß wirklich bestehe, dann eben ein neuer Beschluß her müsse. Da Stack nun merkt, daß er uns mit seinen Paragrafen nicht dumm im Kopf machen kann, fordert er uns auf, nach draussen auf den Flur zu gehen. Wir erwidern, daß wir gekommen sind, um Besuchererlaubnisse abzuholen und daß wir nicht daran dächten, seine Amtsstube vorher zu verlassen. Stack, immer noch ungläubig, daß sein Richterwort nicht Gewalt genug ist, uns aus seinem Zimmer zu fegen, steht von seinem Schreibtisch auf und geht ins Vorzimmer. Durch die offene Tür bittet er uns noch einige Male hilflos: "Bitte warten Sie draußen!" Wir rufen ihm laut zu, daß wir gekommen sind, um um Besuchererlaubnisse zu holen und daß wir hier darauf warten werden. Stack geht nervös im Vorzimmer hin und her, blickt mal zu uns in die Amtsstube, mal ungeduldig auf den Flur hinaus.

Schließlich kommen 2 Justizbullen - mit ihnen zusammen wagt sich Stack zurück zu uns. Die beiden Bullen stellen sich verlegen im Zimmer auf und Stack flieht uns abermals an, doch draußen zu warten. Wir sagen ihm wieder, daß wir hier auf unsere Besuchererlaubnisse warten werden. Als Stack sieht, daß uns der Anblick von grünen Uniformen nicht den ersehnten Respekt einflößt, schaut er einige Male hilflos uns an, die Bullen an, und sagt dann zu ihnen: "Nein, das kann ich Ihnen doch nicht zumuten." Er geht weg und läßt uns mit den beiden Bullen im Amtszimmer zurück.

Wir sagen den beiden Grünen, daß wir hierhergekommen sind, um unser Recht zu kriegen, um Besuchererlaubnisse für drei Untersuchungsgefangene abzuholen und nicht, um uns mit ihnen zu prügeln - und daß sie jetzt ihre Rübe für so einen Mann wie den Stack hinhalten sollten...ob sie eigentlich wüssten, was der Schreibtischtäter Stack macht? Sie sagen, es sei ihre Aufgabe, hier für Ordnung zu sorgen. Wir berichten ihnen, daß Stack für die Folter an Gefangenen verantwortlich ist und zeigen ihnen eine Beschwerde von Wolfgang Grundmann, die vor sechs Wochen geschrieben wurde und nun zur Zensur auf Stacks Schreibtisch liegt.

Wenig später kommt Stack zurück; er ist in der Kommandozentrale gewesen und hat Landgerichtspräsident Dr. Stabel, einen schlanken, großen, Mann mit blauem Anzug, graumelierten Haaren und eleganter Metallbrille mitgebracht, eine durch und durch respektable Erscheinung. Wie der Feldwebel neben seinem General, so steht Stack nun neben Stabel, der uns das Fürchten lehren soll. Der Präsident erklärt, er habe hier das Hausrecht und außerdem gehört, daß es da Ärger gibt. Wir mögen doch bitte draußen auf dem Flur warten, da er sich sonst gezwungen sehe, ein Hausverbot gegen uns auszusprechen. Er sei nicht bereit, mit uns zu diskutieren. Wir sagen, daß es nicht um formale Mätzchen geht, sondern um Folter, die von Stack angeordnet ist und daß wir auf unsere Besuchererlaubnisse in der Amtsstube warten werden. Stabel wiederholt seine "Bitte". Wir fragen ihn, ob das alles sei, was er zur Folter der Gefangenen zu sagen habe. Er geht darauf nicht ein, sondern erteilt den beiden Wachtmeistern den Befehl, uns vor die Tür zu schaffen.

FOLTERKNECHT JESSEL ZUSAMMENGESCHLAGEN

Erklärung: Heute, am 22.2.73 wurde eine Straffraktion gegen den mehrfachen Mörder JESSEL durchgeführt.

Vor 4 Monaten wurde Abdel Kader (Luis Silversmith) in der Glocke ermordet. Nachdem man ihn brutal zusammengeschlagen hatte, wurde er auf die Pritsche in der Glocke nackt festgeschnallt wo er nach qualvollen Stunden starb.

Dies war für den "Gefängnispsychiater" JESSEL der dritte MORD im Dienst:

- 1965.... Paul Karcozewski
- 1964.... Ernst Heese
- 1972.... Abdel Kader (Silversmith)

Jessel vollzog diese Morde mit seiner Unterschrift, mit der er die Gefangenen für folterfähig erklärte. Seine schmutzigen Finger brauchte er dabei nicht blutig zu machen, dafür hat er seine Lakaien.

Doch die Morder in den Knästen kennen noch eine Reihe von "feineren" Methoden, um ihr Ziel - den systematischen Mord an den Gefangenen - zu erreichen: EINZELZELLE, EINZELHOFGANG, SICHT-LENDE an die Fenster, totale SCHALLISOLATION,



POSTSPERRE, in der Nacht STÜNDLICHES WECKEN, vollkommene INFORMATIONSPERRE, ZELLENBELEUCHTUNG des Nachts, BESUCHSPERRE, PSYCHOLOGISCHE (Behandlung mit Psychopharmaka), VERWEIGERUNG ÄRZTLICHER BEHANDLUNG bei Krankheit, ENTZUG VON ALLEN RECHTSMITTELN

EIN TEIL DER GEFANGENEN IN DER BRD HAT DEN KAMPF GEGEN DIESEN TÄGLICHEN MORD AUFGENOMMEN. Die Mittel, die ihnen im Knast zur Verfügung stehen, sind beschränkt. Der Hungerstreik ist mit der einzigen Ausdruck des solidarischen Kampfes der Gefangenen, er kann ihre Isolierung in gewissem

Die Grünen packen einen nach dem anderen und zerren ihn auf den Flur. Wir rufen Stabel ins Gesicht, daß er sich damit zum Mittäter macht, daß er ein Gewalttäter ist u. wiederholen immer wieder lautstark unsere Forderung nach Besuchererlaubnissen. Beim Herausschleifen kann sich ein Patient mit dem Fuß an einem Aktentisch einhaken, so daß dieser ein Stück mitfährt und einige Aktenordner herunterfallen. Stack und Stabel sind durch den lauten Protest sichtlich beunruhigt: Ermittlungsrichter Stack ermittelt im Schnellverfahren den Rädelsführer und Stabel spricht gegen ihn sein Hausverbot aus. Der Patient weigert sich, das Haus zu verlassen und erklärt, daß er eine Besuchererlaubnis haben will. Die Auseinandersetzung wird auf dem hellenden Flur weitergeführt und das ist den Schreibtisch-tägern unangenehm. Stabel befiehlt, den Rädelsführer mit Gewalt zu entfernen. Die Justizbullen packen ihn. Dem Patienten gelingt es, sich an einem Stuhl festzuhalten...

..dann an einer Wartebank...ein großer Ständaschenbecher stürzt um und klirrt über das Linoleum - "Wir wollen Besuchererlaubnisse - Gewalttäter ..." Die Justizbullen schleifen ihn an Händen und Füßen die Treppe hinunter und lassen ihn vor dem Gericht liegen. Kurz darauf kommen Grüne Bullen und Krino; sie wollen die Personalien. Als der Patient nicht antwortet, packen ihn die Zivilen am Zeug, reißen ihn hoch und fahren ihm mit eiserner Faust in die Taschen. Er gibt ihnen den Ausweis. Sie wollen wissen, wen er besuchen wollte, was er überhaupt hier mache usw. "Keine Aussage - Du wirst uns noch kennen lernen." Die grünen Stadtbullen checken etwa zwanzig Minuten lang die Personalangaben über Funk. Stabel erstattet bei ihnen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und wird dabei von dem rausgeschmissenen Patienten als Gewalttäter besprochen.

Die Übrigen Patienten marschieren inzwischen wieder in Stacks Amtsstube und setzen sich dort auf den Boden. Das Zimmer ist voll von Leuten aus anderen Abteilungen. Nachdem der ermittelte Rädelsführer auf die Straße geworfen wurde, meint Ermittlungsrichter Stack eine neue Taktik anwenden zu können - zumal er sich inzwischen mit einer Leibgarde aus grünen Straßenbullen, grünen Justizbullen und Kripo versorgt hat. Erst jammert er noch rum: "Das haben Sie extra gemacht, mittags zu kommen, wann die meisten Beamten beim Essen sind, damit ich Angst kriege, wenn ich allein bin." Doch dann besinnt er sich wieder auf sein Geschäft: Das Recht, das hier, abgesichert durch die Schlägermannschaft, auf das reduziert wurde, was es ist: -parteiliche Gewalttätigkeit-. Stack verlangt unsere Namen, denn sonst könne er ja nicht über unsere Besucheranträge entscheiden. Wir fragen ihn, ob er eine Besuchererlaubnis ausstellen will. Wenn ja, dann könne er unsere Namen haben, sonst nicht. "Ich brauche Ihre Namen, sonst kann ich nicht entscheiden!" - "Sie wissen doch, ob Sie eine Besuchererlaubnis erteilen oder nicht! Wozu brauchen Sie vorher unsere Namen?" Ein Kripobulle will dem Ermittlungsrichter bei seinen Ermittlungen Amtshilfe leisten: "Zeigen Sie Ihre Personalausweise! Ich bin von der Kripo. Hier meine Nummer und mein Ausweis (zeigt sie). Mein Name ist HÜHN!" Wir: "Wie ist Ihr Name?" Er: "H-Ü-H-N." Wir sagen, daß wir Besuchererlaubnisse wollen, und daß es dazu nicht nötig sei, unsere Ausweise vorzuzeigen. Stack zur Kripo: "Ach, lassen Sie doch!" Wir fordern zum x-ten Mal unsere Besuchererlaubnisse und geben dem Stack: unsere Namen an. Er erklärt daraufhin, er könne da im Moment keine Entscheidung treffen, sondern müsse vorher Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft halten, und die sei gerade in ihrer Mittagspause. Wir: "Sie ziehen sich permanent auf irgendwelche formale Hinternisse zurück. Das ist also Ihre Antwort auf Folter, die Sie an den drei U-Gefangenen vollziehen. Uns geht es darum, die Folter, die Sie anordnen, aufzuheben!" Stack stellt sich dumm; er tut so, als wisse er nicht, was wir meinen, und fordert uns auf, draußen auf dem Flur seine Entscheidung abzuwarten. Er konnte also unseren Protest nicht übersehen, sondern war gezwungen, sofort eine schriftliche Entscheidung zu fällen. Wir sagten ihm, daß wir uns so nicht abspeisen lassen, und daß wir hier auf unsere Besuchererlaubnisse warten werden. Wir bleiben auf dem Boden sitzen.

Die Bullen packen uns zum zweitenmal und zerren uns einzeln auf den Flur. Draußen forderten sie uns auf, uns auszuweisen. Name und Anschrift werden notiert. Nach etwa einer Stunde, die wir bewacht auf dem Flur gewartet hatten, kommt einer von Stacks Leibgardisten, ein Kripobulle mit Durchschlägen in der Hand aus dem Vorzimmer. Es sind die Ablehnungen unserer Besuchererlaubnisse, die Ermittlungsrichter Stack in seiner Festung fertiggestellt hat: "...zu einer Änderung des Beschlusses, die Besuchsregelung auf Familienangehörige zu beschränken, besteht keine Veranlassung..". Die Durchschläge werden von uns zerrissen und den Bullen vor die Füße geworfen.

BERICHTIGUNG: Der Ermittlungsrichter Stack heißt in Wirklichkeit Stack, der Landgerichtspräsident heißt nicht Stabel, sondern Staab. Genossen, nehmt das technische Versehen nicht übel, sondern prägt euch diese Namen gut ein - in der richtigen Form!

Selbstkritik:

1. Beim ersten Auftreten von Kripo im Gericht hätten wir fordern müssen, daß sie sofort den Raum verläßt, weil sie hier überhaupt nichts zu suchen hat. Aber selbst der Schein der Trennung von Exekutive und Judikative wird nicht mehr gewahrt. Die Kripo sagte, noch bevor der Richter sich überhaupt "entscheiden" konnte, daß wir sowieso keine Besuchererlaubnis bekommen. Die Ablehnung der Besuchererlaubnis wurde nicht etwa durch den Richter, sondern durch die Kripo ausgehändigt, was wir widerstandslos hingenommen haben.
2. Wir hätten uns nicht vereinzelt rausschleppen lassen dürfen (Unterhaken, etc.).

Grade durchbrechen. Darin liegt seine wesentliche Möglichkeit. Deshalb versuchen die Herrschenden, den Hungerstreik durch lebensgefährlichen Wasserentzug zu brechen, unsere Solidarität mit den Gefangenen in ihrem Kampf gegen die unmenschliche Brutalität im Knast durch Isolierung zu verhindern.

Unser Kampf gegen die Mörder draussen, die dieses System schaffen und aufrechterhalten, gegen die Richter, Staatsanwälte, Bullen, JESSELS und ihre Handlanger ist Bestandteil unserer praktischen Solidarität.

Solange es die Folter in der Glocke gibt, Einzelhaft und Isolation, Informationssperre, den Wasserentzug beim Hungerstreik, Besuchssperre, den Terror mit Psychopharmaka,

solange müssen die Verantwortlichen damit rechnen, jederzeit dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Wir werden es nicht zulassen, daß diese Mörder ihre "Arbeit" in den Unterdrückungsinstitutionen machen und sich nachher sicher in ihre Familiendyade zurückziehen können.

Deshalb haben wir den MÖRDER JESSEL auf seinem Grundstück überfallen und krankenhausreif geknuppelt. Längere Zeit wird er seinem schmutzigem Geschäft fernbleiben müssen.

WIR WERDEN DER GEWALT DER HERRSCHENDEN MIT DER REVOLUTIONÄREN GEWALT ANTWORTEN!



Der Terror, den die Anstaltsleitung Berlin-Tegel gegen den Genossen Rolf-Jürgen Mauer ausübt, geht weiter. In der HJ Nr. 17 wurde von Rolf-Jürgen Mauer berichtet, der seit ca. 10 Jahren im Knast ist, seit letztem Jahr in Tegel; es wurde auch ein Brief von ihm abgedruckt (S.17), den er an Margrit Schiller geschrieben hat. Er hatte Anfang Dezember 72 einen Selbstmordversuch gemacht. Kurze Zeit darauf wurde ihm ein Antrag auf einen Regelurlaub aus Unzuständigkeitsgründen abgelehnt. Nachdem er dann Beschwerde eingelegt hat, mußte ihm in letzter Minute der Urlaub doch gegeben werden, da sich keine Ausrede mehr finden ließ. Daß diese Niederlage der Anstaltsleitung gewaltig stinkt und daß sie sich dafür inzwischen an Rolf-Jürgen zu rächen versucht, beweist der folgende Brief von ihm.

An die Anstaltsleitung der JVA Tegel
 z.H.: Herrn Gleubrecht
 im Hause!

1 Berlin 27, 5. Februar 1973

Betr.: Stellungnahme der Anstaltsleitung im Artikel der Berliner Boulevardzeitung "BZ" vom 3.2.1973
 sehr geehrter Anstaltsleiter,
 wie mir heute bekannt wurde, hat die Anstaltsleitung Tegel der "BZ" auf Anfrage eine völlig unwahre Behauptung aufgestellt!
 ich zitiere:

"...die Berliner Anstaltsleitung, von der BZ angesprochen, war überrascht, denn von dem Hamburg-Trip war nichts bekannt. Man sprach von Urlaubsmissbrauch, und will künftig entsprechende Vorsorge treffen."

abgesehen davon, daß der ganze Artikel eine ziemlich tendenziöse Darstellung des wirklichen Sachverhalts gibt, finde ich es bestürzend, daß sie, bzw. die Anstaltsleitung, diese subjektive Darstellung noch unterstützen mit ihrer irrealen Angabe.

ich möchte bitten, daß man mir folgende Fragen beantwortet:

- a) wer hat diese Angabe von der Anstalt gemacht?
- b) entsprechen die gedruckten Angaben der Wahrheit?
- c) wie ist die Äußerung "...urlaubsmissbrauch...künftig entsprechende Vorsorge treffen..." zu verstehen?

es ist ihnen von Anfang an bekannt gewesen, daß ich in meinem Urlaub nach Hamburg fliegen werde. Sie wußten doch genau aus den Akten, daß es sich um eine wichtige Rechtssache für mich persönlich bei meinem HA handelte, so u.a. wegen einer angestrebten Wiederaufnahme meines Verfahrens und der dazu notwendigen Akteninsicht, die beim Ag-Hamburg extra für diesen Zeitraum vorgelegt wurde.

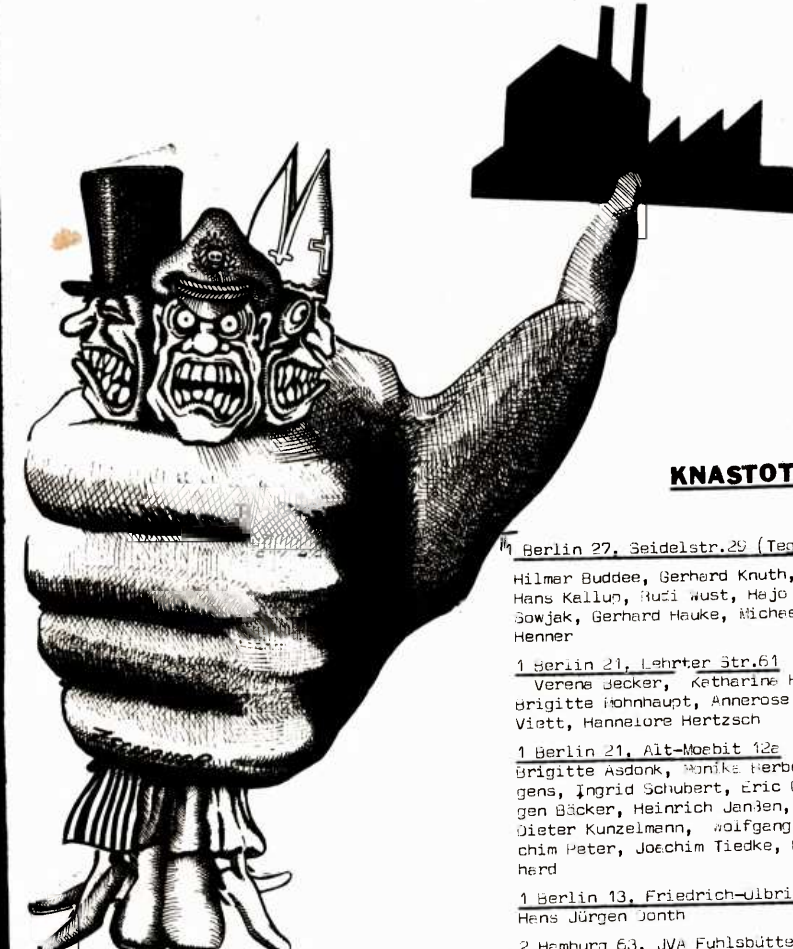
Weiterhin war ihnen genauso bekannt, daß ich schon seit 1971 mit Frau Margrit Schiller in Kontakt bin und auch von hier aus im Dezember 72 einen Antrag auf Besuch zum zuständigen Gericht in Hamburg stellte. - dies ging ja auch durch die öffentliche Presse. -

ich weise deshalb die von ihnen geäußerten Worte, trotz besseren Wissens ihrerseits, aufs schärfste zurück. Auch habe ich mir keinerlei Urlaubsmissbrauch zuschulden kommen lassen, denn im Grunde genommen kann ich während meines Urlaubs, genau wie jeder andere freie Mensch, wenn ich wollte, quer durch die ganze Bundesrepublik reisen.

ich hoffe, daß Sie die Angelegenheit richtigstellen, und daß mir dadurch in keinsten Weise ein Schaden entsteht.

Ich habe auch keinerlei ungesetzliche Aktionen während meines Urlaubs vorbereitet oder ausgeübt. Bitte um baldige Antwort!

(Rolf Jürgen Mauer)



KNASTOTHEK

- 3779 Schwelmstedt, JVA
Andreas Baader
- 5 Köln 30, Hochstr. 35J
Jan Karl Respe, Astrid Proll, Ulrike Meinhof, Gerd Müller
- 54 Koblenz, Bimennstr. 14a
Holger Meins
- 6252 Diez/Lehn
Eddy A. Bind
- 666 Zweibrücken, Joachim-Schwebel-Str. 33
Charles Corley, Larry Jackson, Klaus Jüschke, Wolfgang Grundmann, Manfred Grashof, Roy Lee Mays
- 68 Mannheim, Herzogenriedstr. 111
Siegfried Hausner
- 752 Bruchsal, Schönbornstr. 32
Ulrich Luther
- 7 Stuttgart 40, Aspergstr. 60
Helmut Pohl, Wolfgang Huber
- 753 Bühl/Rhein, Hauptstr. 94
Irmgard Müller, Ursel Huber
- 8 München 90, Stadelheimer Str. 12
Bernhard Braun
- 844 Straubing, Äußere Passauer Str. 90
Rolf Heißler, Rolf Pohl, Heine Schoof, Franz Meierhofer, Dimitri Todorov, Silvio Zscheuer
- 85 Nürnberg, Härenschanzstr. 6a
Dieter Maketu
- 3602 Ebrach, JVA
Edmund Uach, Roland Utto, Willy Piroch
- 3580 Bayreuth, JVA, Postfach 2969
Karl Heinz Kuhn
- 3351 Keishaim, JVA
Peter Schult, Jochen Haupt, Karl Heinz Krauss
- 8351 Niederschönenfeld, JVA
Günther Blath
- 3350 Aichach, Schloßplatz 7
Fritz Czernik
- Berlin 27, Seidelstr. 29 (Tegel)
Hilmer Buddee, Gerhard Knuth, Rolf-Jürgen Mauer, Hans Kallun, Rudi Wust, Hajo Hosteck, Willy Sowjak, Gerhard Hauke, Michael Kueter, Manfred Henner
- Berlin 21, Lehrter Str. 61
Verena Becker, Katharina Hammerschmidt, Brigitte Hohnhaupt, Annerose Reiche, Inge Vielt, Hannelore Hertzsch
- Berlin 21, Alt-Moabit 12a
Brigitte Asdonk, Monika Herberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Eric Grusdat, Hans Jürgen Bäcker, Heinrich Janßen, Horst Mähler, Dieter Kunzelmann, Wolfgang Krupe, Hans Joachim Pater, Joachim Tiedke, Hans Joachim Gerhard
- Berlin 13, Friedrich-Uibricht-Damm 16
Hans Jürgen Jonth
- Hamburg 63, JVA Fuhlsbüttel, Am Hasenberge 26
Uwe Ackermann, Sven Ulf Heinig, Lothar Leidereiter
- Hamburg 36, Holstengieciis 3-5
Werner Hoppe, Manfred Schneider, Marianne Herzog, Ingolf Seifert, Michael Holzner, Uwe Grätz
- Hamburg 63, Suhrenkamp 53
Peter Stiebert
- Hamburg 30, Neuenammerweg 37
Wolfgang Jandt
- Bremen 21, Sonnemannstr. 2
Walter Orxler
- 2343 Vechta, JVA, Postfach 1403
Käthe Schulz, Vera Fromm, Renate Gens, Ilse Dongertz (Post: 32 Hildesheim, Landgericht)
- Hannover, Schulenburg Landstr. 143
Hans Jochen Pfliegel, Josef Pille
- Celle, JVA, Postfach 910
Harry Eisermann
- 325 Hameln, Postfach 600
Bernd Morosow, Thomas Wegerich
- 334 Wolfenbüttel, Am Ziegenmarkt 10
Rudi Bunkowski, Klaus Neumann, Siegfried Mertens, Kurt Marks
- 35 Kassel, Theodor-Fliedner-Str., Postfach 71
Manfred Stüber, Klaus Peter Hallie, Heinz Homeyer
- 4 Düsseldorf, Jümenstr. 95
Peter Paul Zahl
- 43 Essen, Kraewelstr. 59
Gudrun Ensslin
- 476 Werl, Langenwiederweg 46
Karl Heinz Brummer
- 43 Bielefeld, JVA, Postfach 221
Till Meyer
- 891 Landsberg/Lech, Hindenburgring 42
Günter Premel

OFFENER BRIEF
 An das Bayerische Ministerium des Inneren
 An den Minister des Inneren Herrn Dr. Merck
 An das Bundesministerium des Inneren, Presse und Funk

Am 27. Februar 1973 wurde der iranische Student Manutschehr Hamedei, aktives Mitglied der CISNU und mehrmaliges Vorstandsmitglied in dieser Organisation, in seiner Wohnung von Polizeibeamten verhaftet. Ihm wurde die sofortige Abschiebung in den Iran angekündigt. Ungleich er einen Asylantrag am 15. Januar 1973 eingereicht hatte und andererseits in der vorangegangenen Entscheidung eines Verwaltungsgerichts ihm die Aufenthaltsgenehmigung zwar verweigert wurde, jedoch eine Abschiebung in den Iran, wegen der Gefahren, die Hamedei aufgrund seiner politischen Tätigkeit im Schah-Regime drohen, abgelehnt wurde.

Diese Streitigkeiten mit den Behörden laufen schon seit März 1972. Nach mehreren Gerichtsverfahren und Vergebe von Duldungsscheinen von Termin zu Termin wurde ihm die Aufenthaltsgenehmigung endgültig verweigert, mit dem Argument, er habe sein Studium nicht abgeschlossen, obwohl ja gerade dies von den bayerischen Behörden verunmöglicht worden war.

Als HAMEDEI dann von der einzigen Möglichkeit, die ihm noch blieb, Gebrauch machte, nämlich einen Asylantrag durch seinen Anwalt einreichte, wäre zu erwarten, daß wie üblich in solchen Fällen, er nicht ausgewiesen, bzw. abgeschoben werden kann, bis die Entscheidung über seinen Asylantrag gefallen ist.

Trotzdem griff die Polizei widerrechtlich ein, nahm HAMEDEI in seiner Wohnung fest und drohte mit seiner Abschiebung in den Iran. Die geplante Abschiebung konnte nicht sofort durchgeführt werden, da HAMEDEI seinen Fuß nicht bei sich hatte. So gelang es der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU) innerhalb dieser Tage eine weltweite Solidaritätswelle mit HAMEDEI und eine Riesenprotestwelle gegen die Bayerischen Behörden und Polizei in Gang zu setzen.

Durch diesen politischen Druck auf die Bayerischen Behörden und Polizei setzte die Polizei am 28. 2.73 HAMEDEI auf freien Fuß, jedoch mit der Anordnung, er müsse sich ab 1. März 73 in Zirndorf einfinden. Diese Anordnung ist jedoch mit Bescheinigung betitelt, und hat somit eigentlich keinerlei Rechtsform und ist eine rein polizeiliche Willkür. Denn sogar die Ausländergesetze lassen einen Spielraum offen. Nach § 15, Abs. 3 des Ausländergesetzes kann für den Bezirk der Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis für den Zeitraum bis zur Entscheidung über den Asylantrag erteilt werden, "wenn die Anwesenheit des Ausländers im Sammellager für Ausländer nach der Entscheidung des Leiters des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht erforderlich ist."

U.h., daß die Polizei nicht die Möglichkeit hat, den freien Aufenthalt im ständigen Wohnsitz vor der Entscheidung des Leiters des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Voraus auszuschießen.

Aber auch sonst und an anderer Stelle hat sich die Polizei im Falle HAMEDEI's äußerst widersprüchlich verhalten: Bei der Festnahme von HAMEDEI hat der Polizeibeamte König als Abschiebungsziel HAMEDEI's sein Heimatland Iran angedeutet, obwohl dies vom Verwaltungsgericht München als lebensgefährlich eingeschätzt worden war.

Einer Delegation gegenüber hat Herr Niggel, Leiter des Münchener Ausländeramtes, am 27.2.73 geäußert, daß er von einem Asylantrag HAMEDEI's nichts wüßte. Als dann aber HAMEDEI's Anwalt eine Abschrift des Antrags vorlegte, mußte Herr Niggel zugeben, daß er über diesen Antrag wohl informiert war.

Herr Niggel hat außerdem der Presse gegenüber versichert, daß eine Abschiebung nicht beabsichtigt gewesen wäre, obgleich derselbe Herr am Tag zuvor einer Delegation gegenüber versichert hat, daß HAMEDEI auf jeden Fall abgeschoben werden wird. Es läßt sich der Schluß ziehen, daß es sich hier um eine "Nacht- und Nebelaktion" der Ausländerbehörde handelt, die bereits bei Palästinensern praktiziert wurde, wie z.B. im Falle von H., die nach Israel abgeschoben wurde und dort, wie es hieß, "nicht lebend ankam".

Wir können die Abschiebung HAMEDEI's nicht als Einzelfall betrachten, mit dieser Abschiebung wollen die deutschen Behörden sich den Weg für weitere Abschiebungen der CISNU-Mitglieder nach Persien freilegen. Und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem Regimegegner mehr denn je im Iran verfolgt werden und der Kampf des Volkes brutaler denn je niedergeschlagen wird und iranische Patrioten hingerichtet werden.

Gleichzeitig, so war der Wunsch seiner Majestät, sollte die Opposition auch im Ausland, vor allem in der BRD nieder- und zerschlagen werden. Diesem Wunsch versuchte Bundeskanzler Brandt während seines Aufenthalts im Iran im März 1972 möglichst schnell nachzukommen. Eine Tatsache, die die persischen regimetreuen Zeitungen (die einzig existierenden) groß herausstrichen, und die bundesrepublikanische Presse wohlweislich verschwiegen, daß der Preis für die wirtschaftlichen Ausbeutungsangebote an die BRD der war, die fortschrittlichen iranischen Studenten in der BRD mundtot zu machen.

Wir werden aber nicht tatenlos zusehen. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Ausweisung HAMEDEI's und auch gegen seine Unterbringung in Zirndorf vorgehen. Dies wird auch ein Schritt sein gegen die Maßnahmen der Polizei gegen fortschrittliche Ausländer und ihre Organisationen.

SOLIDARITÄTSKOMITEE GEGEN DIE VERFOLGUNG VON HAMEDEI

Unterstützt von:
 ABG, AStA der Hochschule für Politik, AStA der Kunstakademie, AStA der LMU, CISNU, Gruppe Befreiungskampf, Initiativausschuß ausländischer Organisationen, KfB/ML, Katholische Hochschulgemeinde, KPÖ/IL, KSB/ML, KSV, Komitee gegen die Verfolgung ausländischer Kommilitonen, Liga gegen den Imperialismus, Projektgruppe Medizin München, Hote Schüler Front, Rote Garde, Rote Zellen (AK-Fraktion), Solidaritätskomitee Freies Afrika, Solidaritätskomitee Freiheit für alle politischen Gefangenen.

HAMEDEI hat vor Jahren hier in München ein Studium der Zahnmedizin begonnen. Mitten im Studium wurden ihm die Kartenerneuerungen verweigert mit der Begründung, seine politischen Aktivitäten würden ein "ordnungs-gemäßes Studium" verhindern. Als Notlösung schrieb sich HAMEDEI in der städtischen Dolmetscherschule ein. Auch hier wurde ihm nach einiger Zeit die Neueinschreibung verweigert. Als HAMEDEI sich nun an der Hochschule für Politik immatrikulieren wollte, war ihm die Ausländerpolizei schon zuvorgekommen: Die Einschreibung wurde ihm verweigert! In der Begründung für die Ablehnung der Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis argumentierte nun die Ausländerpolizei damit, daß HAMEDEI seinen Studienplatz zu häufig gewechselt habe! Kein Wort davon, daß die gleiche Behörde den Kommilitonen HAMEDEI wegen seiner politischen Aktivität an der Durchführung eines "ordnungs-gemäßen Studiums" systematisch gehindert hat.

UNGEHE ANTWORT AUF DIE VERSUCHTE ABSCHIEBUNG: SOLIDARISCHE AKTIONEN

Am 27. und 28. Februar versammelten sich mehrere Hundert Demonstranten vor dem Polizeipräsidium in der Ettstraße. Einer Delegation, die am 28. Februar den Rechtsanwalt HAMEDEI's zum Leiter des Ausländeramtes begleitete, wurde zugesichert, daß HAMEDEI vorerst nicht abgeschoben werden würde. Das Ausländeramt erklärte sich bereit, eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes über eine einstweilige Verfügung abzuwarten, bis über ein Gesuch um Gewährung politischen Asyls entschieden ist. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch solche Aktionen, sowie die Einschaltung der Presse und Stadtratseigenen hat es der Behörde unmöglich gemacht, HAMEDEI klemmheimlich abzuschubsen. Eine Protestkundgebung des Komitees Solidarität mit HAMEDEI am 28. Februar am Karlsplatz mit mehreren Hundert Teilnehmern bildete den vorläufigen Höhepunkt der Aktionen gegen das Vorgehen des Münchener Ausländeramtes. Bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes darf der Druck auf die Behörde nicht nachlassen! Das einheitliche Vorgehen der Münchener Linken (mit Ausnahme der Revisionisten von Spartakus ((nach seinem Verhalten bei den Ereignissen in Heidelberg auch "Spaltakus" genannt)) und DKP) hat bewiesen, daß die Solidarität mit verfolgten ausländischen Kommilitonen sich nicht nur auf papiererne Proteste in Form von Resolutionen beschränkt und beschränken darf. Diese Aktionen waren erst ein Anfang!!!!!!

HUTE HILFE MÜNCHEN
 8 München 40, Leopoldstr. 15
 Verantwortlich im S.d.P.:
 August Rüssel
 Eigendruck im Selbstverlag

Preis:
80 Pf. (Erlös für die Betreuung politischer Gefangener)

